



Oesterreichische Geldgeschichte.
Vom Mittelalter bis zum Euro

Impressum

Medieninhaberin und Herausgeberin: Oesterreichische Nationalbank,
Otto-Wagner-Platz 3, 1090 Wien

Konzeption, Texte und Redaktion: Geldmuseum der Oesterreichischen Nationalbank

Grafik: Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit und Publikationen

© Geldmuseum der Oesterreichischen Nationalbank
Zweite Fassung, 2020

Abbildungen: Quelle und © bei den einzelnen Bildern angegeben

Titelbild:

Entwurf für die Vorderseite der Banknote zu 10 Schilling 1927, Berthold Löffler 1926. OeNB, ZE00565.

Inhaltsverzeichnis

1. Das Münzwesen im Mittelalter

1.1 Die Karolingische Reform	4
1.2 Handel und Geldwirtschaft – der Fernhandelsdenar	6
1.3 Erste nachantike Münzprägungen in Österreich	8
1.4 Der Friesacher Pfennig als Handelsmünze	10
1.5 Regionalisierung	12
1.5.1 Wiener Pfennig	12
1.5.2 Grazer Pfennig	16
1.6 Die Krise des mittelalterlichen Münzwesens	18
1.6.1 Münzverrufung	18
1.6.2 Münzverschlechterung und „Schinderlingszeit“	20
1.7 Das Aufkommen der „groben Sorten“	22
1.7.1 Kreuzer	22
1.7.2 Groschen, Batzen, Schilling	24
1.7.3 Dukaten und Goldgulden	26

2 Vom Taler zum Papiergeld

2.1 Innovatives Land Tirol	28
2.1.1 Die Tiroler Münzreform	28
2.1.2 Guldiner und Taler	30
2.2 Zwischen Blutgericht und Reichsmünzordnung	32
2.3 Technischer Fortschritt im Münzwesen	34
2.4 Preisrevolution	36
2.5 „Kipper- und Wipperzeit“	38
2.5.1 „Zweite Kipperzeit“	40
2.6 Kameralismus und Merkantilismus	42
2.7 „Conventions-Münze“	44
2.7.1 Scheidemünzen aus Kupfer	46
2.7.2 Österreichs erstes Papiergeld	48
2.8 Österreichs Geldwesen während der Franzosenkriege	50
2.8.1 Kriegsfinanzierung: „Wiener Währung“	50
2.8.2 Anticipations-Scheine und Wiener Kongress	54
2.9 Die privilegierte österreichische National-Bank	56
2.9.1 Währungsstabilisierung in bewegter Zeit	56
2.9.2 Die Frühzeit des Banknotendrucks	60

3	Modernes Geldwesen	
3.1	Das Geld der Gründerzeit	62
3.1.1	Der Wiener Münzvertrag	62
3.1.2	Gulden Österreichischer Währung	64
3.1.3	1866 - ein kurzer Krieg und seine Folgen	66
3.1.4	Lateinische Münzunion	68
3.1.5	Gründerboom und Börsekrach	70
3.1.6	Kronenwährung	72
3.1.7	Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg	76
3.2	Zwischen Kaiserkrone und Hakenkreuz	78
3.2.1	Ein schwieriges Erbe	78
3.2.2	Hyperinflation	80
3.2.3	Stabilisierung	82
3.2.4	Schillingwährung	84
3.2.5	Währungspolitik und Wirtschaftskrise	86
3.2.6	Die Zeit der Reichsmark	88
3.3	Vom Schilling zum Euro	90
3.3.1	Währungschaos 1945	90
3.3.2	Rückkehr zum Schilling	92
3.3.3	Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder	94
3.3.4	Modernisierung und Integration	96
3.3.5	Euro: Währungsunion	98
3.3.6	Der Euro als Bargeld	100
4	Anhang	
4.1	Geldeinheiten und Währungsumstellungen	102
4.2	Bibliographie	105

1. Das Münzwesen im Mittelalter

1.1 Die Karolingische Reform

Die Expansion des Frankenreiches unter den Merowingern führte zum Bruch mit den spätantiken Geldverhältnissen. Die Ausbildung des mittelalterlichen Münzwesens begann.

Als erster Germanenfürst durchbrach Theudebert I. (534-548) das Goldmünzmonopol des byzantinischen Kaisers. Er wich von der Tradition der pseudo-imperialen Prägungen ab und ersetzte auf Solidi und Trienten den Kaisernamen durch seinen eigenen. Damit signalisierte er seine Unabhängigkeit von der praktisch nur noch nominellen Oberhoheit Ostroms.

Im 6. Jahrhundert dürfte im Frankenreich ein dichtes Netz an Münzstätten bestanden haben. Über 600 Orts- und 2.000 Personennamen sind auf Münzen dieser Zeit überliefert. Ende des 7. Jahrhunderts lief schließlich die Solidusprägung im Frankenreich aus. Als Rechnungsgröße blieb der Solidus aber weiter gebräuchlich. Der silberne Denar trat an seine Stelle als Leitmünze.

Um 793/94 führte Karl der Große (768-814) umfangreiche Reformen im Bereich des Münzwesens sowie der Maße und Gewichte durch. So wurde das karolingische Pfund (zwischen 404 und 409 g) als Grundmaß eingeführt. Das Münz-Pfund wurde nun in 20 Schillinge zu je 12 Pfennigen unterteilt. Allerdings wurden nur die 240 Pfennige (Denare) tatsächlich als Münzen ausgeprägt. Die Karolingische Münzreform beeinflusste das europäische Münzwesen über mehrere Jahrhunderte hinweg. In England folgte die rechnerische Einteilung des Pfundes sogar bis 1971 dem karolingischen Vorbild. Karl der Große vereinheitlichte das Münzbild und reduzierte die Zahl der Münzstätten auf rund 40, die sich überwiegend zwischen Rhein und Loire befanden. Östlich des Rheins gab es in dieser Zeit noch keine Münzstätten und so blieben diese Gebiete von der Entwicklung des karolingischen Geldwesens anfangs weitgehend unberührt. Die erste rechtsrheinische Münzprägung erfolgte wohl um 820 im bayrischen Regensburg. Aber erst seit Ende des 9. Jahrhunderts wurde dort eine regelmäßige Münzprägung aufgenommen.

Im 10. Jahrhundert entwickelte sich der Regensburger Pfennig dann zur Leitmünze im bayrisch-österreichischen Raum.



Denar (Karlsdenar), Fränkisches Reich, Karl der Große (768-814),
Melle, nach 793/94. OeNB, MA00380.



Denar, Herzogtum Bayern, Heinrich V. (1004-1026),
Regensburg, Silber. OeNB, MA00384.



1.2 Handel und Geldwirtschaft – der Fernhandelsdenar

Zwar herrschte entlang der Donau lebhafter Handel, Münzgeld spielte dabei aber noch lange eine untergeordnete Rolle. Zahlungen erfolgten meist in Metallbarren oder mit Warengeld. Dies zeigt sich auch noch in der Raffelstetter Zollordnung (ca. 904/906), welche den Handelsverkehr zwischen dem bayerischen Ostland und den benachbarten slawischen Völkern regelte. Sie legte Abgaben für den grenznahen Verkehr bei teilbaren Gütern in Waren, bei unteilbaren Gütern wie Sklaven und Tieren hingegen in Geldbeträgen fest. Eine Sklavin oder ein Hengst wurden mit einem Tremissis (10 Pfennige) bewertet, ein Sklave oder eine Stute mit einer Saiga (5 Pfennige).

Bei den genannten Beträgen dürfte es sich aber nicht um Münzen gehandelt haben, sondern um Zählwerte für eine bestimmte Menge Edelmetall.

Stärkere Verbreitung fand Münzgeld in den östlichen Marken des Frankenreichs erst wieder Ende des 10. und im Laufe des 11. Jahrhunderts. Diese Epoche wird auch als Zeit des „Fernhandelsdenars“ bezeichnet, da damals große Mengen deutscher Münzen nach Nord- und Osteuropa abflossen. Es handelte sich dabei um einen Export von Edelmetall in gemünzter Form, der sich heute in nordeuropäischen Münzfunden widerspiegelt. Die gestiegene Zahl von Einzelfunden im deutschsprachigen Raum und diverse Schriftquellen relativieren allerdings mittlerweile das Bild der reinen Exportorientierung etwas zugunsten des inländischen Geldverkehrs.

Im Zuge der kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen den Ungarn und dem ostfränkisch-deutschen Reich gelangten vermehrt deutsche Denare auch ins Gebiet des heutigen Österreichs. Vor allem aber brachte die neu eingerichtete Pilgerstraße entlang der Donau eine Belebung der Geldwirtschaft. Zum einen wurde der Geldzufluss aus dem Osten erleichtert, zum anderen brachten christliche Wallfahrer Geld aus dem Westen in den österreichischen Raum. Über das Burgenland bis nach Niederösterreich verbreiteten sich in dieser Zeit leichtgewichtige Pfennige aus Ungarn, wo Stephan I. (997-1038) um 1010 mit der Münzprägung begonnen hatte.



Frühmittelalterlicher Axtbarren, Großmährisches Reich, 9. Jh.,
Eisen, Länge: 29,50 cm. OeNB, AZ00445.



Denar, Königreich Ungarn, Andreas I. (1046-1060),
Silber. OeNB, MA00465.



1.3 Erste nachantike Münzprägungen in Österreich

Die ersten Prägungen auf heute österreichischem Boden stammten vom Bayernherzog Arnulf (911-937). Zur Finanzierung seiner Kriegskosten im Konflikt mit dem ostfränkischen König Konrad I. (911-918) ließ er 916 in Salzburg Münzen nach Regensburger Schlag herstellen. Der Regensburger Pfennig behielt bis etwa 1200 eine beherrschende Stellung im mittleren Donauroum ehe ihm der Wiener Pfennig langsam den Rang ablief. Eine regelmäßige Prägetätigkeit wurde im heutigen Österreich allerdings erst um 1010 aufgenommen, als König Heinrich II. (1002-1024) das Münzrecht zur Hälfte an den Salzburger Erzbischof Hartwig (991-1023) abtrat.

Die salzburgischen und später die österreichischen Pfennige wurden nach dem bayrischen Rechnungssystem gezählt. Im Unterschied zur karolingischen Einteilung des Pfundes in 20 Schillinge zu 12 Pfennigen unterteilte dieses das Pfund in 8 „lange“ Schillinge zu 30 Pfennigen. Der Grund dafür dürfte im Donauhandel liegen, da hier vermutlich noch byzantinische und arabische Goldstücke in Umlauf waren, die 30 karolingischen Denaren gleichgesetzt wurden.

Die Babenberger, seit 976 Landesherrn der Markgrafschaft Österreich, dürften um 1110/1120 in Krems unter Leopold III. (1095-1136) mit der Prägung von Pfennigen begonnen haben. Eine offizielle Münzrechtsverleihung durch den Kaiser scheint es nicht gegeben zu haben, vielmehr leiteten die Babenberger ihr Prägerecht aus der Sonderstellung als Markgrafen ab.

Der Kremser Pfennig konnte sich in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts als eines der einflussreichsten Zahlungsmittel im Donauroum behaupten. In den Münzbildern weisen sie große Ähnlichkeiten mit ihrem Vorbild, dem Regensburger Pfennig, auf.

Neben Krems gab es noch eine Münzstätte in Neunkirchen, die von den Grafen Formbach-Pütten und den Äbten des Klosters Formbach gemeinsam betrieben wurde. Nach dem Aussterben der Formbacher fiel sie an die steirischen Otakare und wurde nach Bad Fischau verlegt.



Denar, König Heinrich II. (1002-1024),
Salzburg, 1009-1024, Silber. OeNB, MA00360.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Herzog Heinrich II. (1141-1177),
Krems, Silber. OeNB, MA00006.



Pfennige, Abtei Formbach, Münzstätte Neunkirchen,
um 1145, Silber. OeNB, MA00003.

1.4 Der Friesacher Pfennig als Handelsmünze

Neben den Kremser Pfennigen gelangten im 12. Jahrhundert die Friesacher Pfennige zu besonderer währungspolitischer Bedeutung. Zwischen 1125 und 1130 richtete der Salzburger Erzbischof Konrad I. (1106-1147) für seine südlichen Gebiete eine Münzstätte in Friesach ein. Die hier geprägten Pfennige setzten sich rasch als selbständige Münzgattung durch. Anders als der Kremser Pfennig folgte er nicht dem Regensburger Schlag, sondern wurde nach dem Kölner Münzfuß geprägt. Das Silber dafür stammte wahrscheinlich aus den nahen Silbergruben der Seetaler Alpen, an denen u. a. die Stifte Admont und St. Lambrecht beteiligt waren.

Ausgehend vom Wirtschaftsraum Kärnten, Steiermark und Friaul etablierten sich die Friesacher Pfennige als erste Handelsmünze Südosteuropas. Ihr Einflussbereich erstreckte sich in der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts bis nach Kroatien und Ungarn, wo die Denare aus Kärnten bald nachgeahmt wurden. Der Mongoleneinfall von 1241 beendete diese Epoche. Mit dem Rückgang der Handelsbeziehungen verschwand der Friesacher Pfennig im Osten aus dem Verkehr.

Im Westen blieb die Münze jedoch weiterhin in Umlauf und diente einer beträchtlichen Zahl geistlicher (Salzburg, Gurk, Bamberg, Aquileia) und weltlicher Fürsten (Herzöge der Steiermark, Grafen von Görz und Herzöge von Kärnten) als Vorbild für eigene Prägungen. Silbermangel, die Konkurrenz der Agleier Pfennige (Prägungen der Patriarchen von Aquileia) und die Münzpolitik der Habsburger – seit 1335 mit Kärnten und Krain belehnt – führten Mitte des 14. Jahrhunderts zur Schließung der Friesacher Münzstätte.



Pfennig, Erzbischof Eberhard I. oder Konrad II.,
Friesach (1147-1168), Silber. OeNB, MA00251.



Denar, Patriachat Aquileia, Pilgrim II. von Dornberg (1195-1204),
Aquileia, Silber. OeNB, MA00416.



1.5 Regionalisierung

1.5.1 Wiener Pfennig

Münzgeld wurde im Heiligen Römischen Reich bis ins 12. Jahrhundert vorwiegend für den Export benötigt, im täglichen Verkehr dominierte der Tauschhandel. Erst die Erschließung neuer Silberbergwerke in Mitteleuropa lieferte die Grundlage für die monetäre Durchdringung von Wirtschaft und Gesellschaft. Dies ging Hand in Hand mit dem Wiederaufblühen des Städtewesens und der fortschreitenden Arbeitsteilung. Damit erlangte Geld eine wachsende Bedeutung für regionale Wirtschaftsräume.

Auch im babenbergischen Österreich traten nun anstelle der feudalen Naturalabgaben vermehrt Ablösen in Geld. Die zunehmende Monetarisierung der Gesellschaft leitete eine neue Phase der Münzgeschichte ein. Der vorwiegend für den Export bestimmte, grenzüberschreitende „Fernhandelsdenar“ wurde durch den regionalen Pfennig abgelöst. Es entstanden bis dahin unbekannte Währungsgrenzen, mit denen die Münzherrn die ausschließliche Verwendung ihrer Prägungen durchzusetzen versuchten.

Im Herzogtum Österreich kam die Funktion des regionalen Geldes dem Wiener Pfennig zu. Die 1203 in den Reiserechnungen des Passauer Bischofs Wolfger von Erla erstmals erwähnten Münzen dienten als Zahlungsmittel für den täglichen Geldverkehr. Der Aufstieg des Wiener Pfennigs begann mit der Verlegung der Münzstätte von Krems nach Wien Ende des 12. Jahrhunderts. Der genaue Zeitpunkt für die Errichtung der Wiener Münzstätte ist allerdings unbekannt. Die neuere Forschung geht von einem Prägebeginn zwischen den Vorbereitungen für den 3. Kreuzzug (1188/1189), und dem Auslaufen der englischen Lösegeldzahlungen für Richard Löwenherz (1194) aus. Für diesen Zeitrahmen spricht auch der Erwerb der Steiermark 1192, durch den das günstiger gelegene Wien politisch, wirtschaftlich, und strategisch aufgewertet wurde.

Wiener Pfennige wurden neben Wien, anfänglich noch in Krems, vor allem aber in Enns und Wiener Neustadt geprägt. Die Münzstätten dürften ihre Prägungen durch unterschiedliche Reversbilder (Rückseite) gekennzeichnet haben. Im 14. Jahrhundert etablierte sich der Wiener Pfennig, ausgenommen von Tirol und Vorarlberg, nahezu im gesamten Raum des heutigen Österreich als Währung. Allerdings war er zu dieser Zeit für die Bedürfnisse des wachsenden Handelsverkehrs nicht mehr adäquat. Händler bevorzugten zunehmend ausländische Großnominale, wie den mittelgroßen Prager Groschen aus Silber oder Goldmünzen wie den Florentiner Goldgulden und den venezianischen Dukaten.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Leopold V. bis Leopold VI.,
Krems oder Wien (1190-1210), Silber. OeNB, MA00015.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Reichsverwaltung bzw.
österreichisches Interregnum (1236-1251),
Wr. Neustadt, Silber. OeNB, MA00044.



Zecchino (Dukat), Republik Venedig, Giovanni Dandolo (1280-1289),
Gold. OeNB, MA00420.

Die babenbergischen Münzstätten waren mangels eigener Edelmetallvorkommen von Silberimporten vor allem aus Ungarn abhängig. Herzog Leopold V. (1177-1194) setzte den Unternehmer Schlom, den ersten in Wien urkundlich nachweisbaren Juden, als Münzmeister ein. Bis zu seiner Ermordung durch Kreuzfahrer sicherten seine Geschäftsbeziehungen die Silberversorgung.

Ein Zusammenhang zwischen der Gründung der Wiener Münzstätte und den Lösegeldzahlungen ist hingegen nicht belegbar, allerdings konnte damit der chronische Edelmetallmangel vorübergehend beseitigt werden. Richard Löwenherz hatte auf der Rückreise vom Dritten Kreuzzug Schiffbruch erlitten und versucht inkognito durch Österreich heimzureisen. Er dürfte wahrscheinlich durch den Besitz von Goldmünzen aufgefallen sein und wurde in Erdberg bei Wien festgenommen. Leopold V. und Kaiser Heinrich VI. (1190-1197) forderten für ihren Gefangenen 100.000 Kölner Mark in Silber (23,3 Tonnen). Diese Menge entsprach etwa den doppelten Jahreseinkünften der englischen Krone und wirkte sich verheerend auf die englische Wirtschaft aus. Von Leopolds Anteil in Höhe von 50.000 Mark dürften bis zu seinem Tod 1194 allerdings „nur“ rund 31.000 Mark (rund 7,3 Tonnen) eingelangt sein. Das Lösegeld wurde zur Erneuerung der Befestigungsanlagen von Enns und Hainburg, zur Stadterweiterung Wiens und zur Gründung von Wiener Neustadt verwendet.

Eine dauerhafte Lösung für die Silberversorgung wurde in Form der Wiener Hausgenossenschaft gefunden. Dies ist bemerkenswert, da im deutschsprachigen Raum lediglich für 18 Münzstätten Hausgenossenschaften nachweisbar sind, darunter auch Graz. Bei den Hausgenossen handelte es sich um ein Konsortium von bis zu 48 Wiener Erbbürgern und Kaufleuten, die mit umfangreichen Privilegien ausgestattet, den Münzstättenbetrieb zu finanzieren hatten. Sie verfügten über das Silberhandels- und Geldwechselmonopol und waren rechtlich nicht dem Stadtrichter sondern dem Münzmeister unterstellt. Den Großteil des benötigten Silbers bezogen die Hausgenossen über Geschäftsbeziehungen aus Ungarn. Als Wien 1221 das Stapelrecht erhielt, wurde es zum wichtigsten oberdeutschen Umschlagplatz für das Edelmetall. Ursprünglich musste jeder Hausgenosse Silber für sieben Güsse (119 kg) pro Jahr aufbringen. Später ging dies auf drei Güsse (51 kg) zurück und ab 1450 erhielten die Hausgenossen die Erlaubnis je nach eigenem Vermögen Münzen herstellen zu lassen.



Herzog Leopold V. (1177-1194), Heiligenkreuz Brunnenhaus.
©www.stift-heiligenkreuz.at.

1.5.2 Grazer Pfennig

Neben dem Wiener Pfennig nahm in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts das steirische Münzwesen einen deutlichen Aufschwung. Maßgebend dafür war die bessere Versorgung mit Edelmetall. Die Steiermark verfügte über eigene, 1265 erstmals urkundlich erwähnte, Silbervorkommen in Oberzeiring. Etwa zur selben Zeit wurde hier eine zweite Münzstätte neben Graz eingerichtet. Die in den beiden Münzstätten produzierten Grazer Pfennige konnten sich als eigenständige Landeswährung behaupten. Die ersten Grazer Prägungen richteten sich nach dem Friesacher Pfennig, ehe sich Mitte des 13. Jahrhunderts der Grazer Pfennig als eigenständiger Münztyp entwickelte. Einige der Prägungen trugen die Aufschriften „MUNE GRETZ“ und „SCHILT VON STEIR“. Sie gelten als älteste Beispiele für die Verwendung der Landessprache auf Münzen im süddeutschen Raum.

Das 1325 von König Karl Robert von Anjou (1288-1342) verfügte Ausfuhrverbot für ungarisches Silber und das Ende des Silberbergbaus in Oberzeiring zwischen 1361 und 1366, schränkten die Tätigkeit der steirischen Münzstätten zunehmend ein. Dies führte zur Schließung der Münzstätte Oberzeiring und begünstigte das Vordringen anderer Währungen, vor allem der Wiener und Bayerischen Pfennige. Angesichts der Dominanz der Fremdwährungen verfügte Herzog Ernst der Eiserne 1409 auch in den steirischen Münzstätten „nach Korn, Waag und Aufzahl wie zu Wien“ zu prägen.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Leopold V. bis Leopold VI.,
Krems oder Wien (1190-1210), Silber. OeNB, MA00015.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Reichsverwaltung bzw.
österreichisches Interregnum (1236-1251),
Wr: Neustadt, Silber. OeNB, MA00044.



1.6 Die Krise des mittelalterlichen Münzwesens

1.6.1 Münzverrufung

Die Wiener Pfennige wiesen einen großen Bilderreichtum auf, da sie anfangs der periodischen, meist jährlichen, Münzerneuerung unterlagen und die Münzen unterscheidbar sein mussten. Die so genannte „Münzverrufung“ oder „renovatio monetae“ diente der Steigerung des Münzertrags, der sich mit der Zunahme des Geldumlaufs zu einer lohnenden Einnahmequelle entwickelt hatte. Die umlaufenden Münzen wurden für ungültig erklärt und – unter Beibehaltung des Nennwerts – durch neue mit vermindertem Schrot (Rau- und Gesamtgewicht einer Münze) und Korn (Gewicht des in der Münze enthaltenen Edelmetalls) ersetzt. Auf diese Weise lukrierte der Münzherr, neben dem Schlagschatz¹ für die Produktion der Münze, eine Art indirekter Steuer.

Als die Praxis des Münzverrufs wegen sinkender Erträge und Klagen der Bevölkerung Mitte des 14. Jahrhunderts eingestellt wurde, kam es zur Schließung der Münzstätten Enns und Wiener Neustadt. Anstelle der fiskalisch immer weniger ergiebigen Münzerneuerung führte Herzog Rudolf IV. (1358-1365) 1359 das „Ungeld“, eine 10-prozentige Steuer auf Getränke, ein. Das Münzregal verlor damit in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts für die Fiskalpolitik an Bedeutung.

1 Der Schlagschatz (auch Münzgewinn oder Seigniorage) ist die Differenz zwischen dem Nennwert einer Münze und den Prägekosten. Der daraus resultierende Gewinn steht dem Prägeherrn zu.



Hälbling, Herzogtum Österreich, Rudolf I. (1276-1291),
Wien, 1276-1282, Silber: OeNB, MA00087.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Albrecht I. (1282/1298-1308),
Wien, 1282-1298, Silber: OeNB, MA00094.



Pfennig, Herzogtum Österreich, Friedrich der Schöne (als König 1314-1330),
Wiener Neustadt, Silber. Auf der Rückseite ist der für Wiener Pfennige
charakteristische Vierschlag zu erkennen. OeNB, MA00137.

1.6.2 Münzverschlechterung und „Schinderlingszeit“

Herzog Rudolf IV. hatte mit dem Verzicht auf die Münzerneuerung versucht einen „ewigen“ Pfennig zu schaffen. Eine Wertsicherung sollte die gleichzeitig verfügte Bindung des Münzfußes an den Marktpreis des Silbers bewirken. Diese Regelung barg aber die Gefahr einer Destabilisierung des Geldwerts, denn der Feingehalt der Münzen musste bei jeder Preisschwankung neu bestimmt werden. Nun blieben zwar die Münzbilder über längere Zeit unverändert, die Münzen selbst verloren jedoch an Wert, da der Feingehalt wegen steigender Silberpreise immer weiter reduziert wurde.

Ab dem Ende des 14. Jahrhunderts strömten große Mengen minderwertiger Pfennige, vor allem aus Bayern, nach Österreich. Die extensive Nutzung des Münzregals durch die Münzherrn heizte die Währungsinflation zusätzlich an, der Pfennig verlor gegenüber dem Goldgulden rasch an Wert. Hatte man 1350 für einen Gulden 95 Pfennige berechnet, so stand der Kurs 1411 bereits auf 160, bis 1455 stieg er auf 240 (ein Zählpfund) an.

Der rasche Verfall des Geldes äußerte sich auch im Erscheinungsbild der Münzen. Um Kosten zu senken, wurden die Pfennige zunächst nur mehr einseitig geprägt und später auch in ungereinigtem Zustand, als so genannte „Schwarzpfennige“, ausgegeben.

Alle Versuche, der fortschreitenden Geldentwertung gegenzusteuern, blieben erfolglos. Dem Greshamschen Gesetz entsprechend wurde das „gute Geld“, die silberreichen Weißpfennige, durch das „schlechte Geld“, die kupferhaltigen Schwarzpfennige, verdrängt.

Den Höhepunkt erreichte der Währungsverfall Mitte des 15. Jahrhunderts, als Kaiser Friedrich III. (1452-1493) und sein Bruder Erzherzog Albrecht VI. im Streit um die Macht in den österreichischen Ländern auf eine inflationäre Politik setzten. In Finanznot geraten, übertrugen sie das Münzrecht ihren Gläubigern, die massenhaft minderwertige Pfennige ausprägten. Die „Schinderlinge“ genannten Münzen bestanden fast zur Gänze aus Kupfer.

1460 erreichte der Goldgulden einen Kurs von über 3.600 Pfennigen, die kaiserlichen Münzmeister von Wiener Neustadt und Graz hatten sich ins Ausland abgesetzt, auch der Münzmeister Albrechts VI. war verschwunden. Auf Drängen der Stände ließ Kaiser Friedrich III. die Prägung der Schinderlinge einstellen. Er beauftragte den wohlhabenden Wiener Bürger Nicolas Teschler gemeinsam mit den Hausgenossen eine bessere Pfennigmünze auszuprägen. Der Münzfuß des neuen Pfennigs wurde zwar allgemein anerkannt, die Währungsverhältnisse gestalteten sich aber auch nach dem Tod Erzherzog Albrechts VI. (1463) und der Vereinigung der habsburgischen Erbländer weiterhin schwierig.

Der Pfennig, bis zur „Schinderlingszeit“ Kurantmünze² in Österreich, verlor diese Funktion nach 1460 und wurde zur Scheidemünze³. In der Münzordnung von 1481 setzte Friedrich III. den österreichischen Gulden offiziell als neue Währungsmünze fest.

2 Kurantmünzen sind Münzen, deren Wert durch das Metall, aus dem sie bestehen, gedeckt ist und deren Kurswert nahezu ihrem Materialwert entspricht.

3 Der Materialwert von Scheidemünzen ist geringer als ihr gesetzlicher Nominalwert. Heute sind weltweit die meisten Umlaufmünzen Scheidemünzen.



Böckler-Pfennig, Erzherzogtum Österreich, Albrecht III. (1365-1395),
Wien, Silber. OeNB, MA00170.



Pfennig der Schinderlingszeit, Erzherzogtum Österreich ob der Enns,
Albrecht VI., Enns ab 1459, minderwertige Silberlegierung. OeNB, MA00209.



W-H-T Pfennig, Erzherzogtum Österreich, Kaiser Friedrich III.,
Wien nach 1460, Silber. OeNB, FU01080.
Diese Pfennige zeigen in einem Dreipass den Wiener Kreuzschild
zwischen den Buchstaben W-H-T, für Wiener Hausgenossen – Teschler.

1.7 Das Aufkommen der „groben Sorten“

1.7.1 Kreuzer

Mit dem Wachstum von Handel und Wirtschaft im Hochmittelalter war das Bedürfnis nach höheren Nominalen gestiegen. Größere Transaktionen, für die der Pfennig unzureichend war, wurden durch das „Zuwägen“ von Pfennigen oder in Barrensilber abgewickelt. Ein Beispiel dafür gibt die Reiserechnung Bischof Wolfgers von Erla 1202/03, der Rohsilber mit sich führte, das er bei Bedarf in ortsübliche Münzen umwechselte.

Ende des 12. und Anfang des 13. Jahrhunderts begannen viele der wirtschaftlich potenten oberitalienischen Städte mit der Prägung von Grossi zu 8 bis 12 Pfennigen. Damit kam die Ausbildung abgestufter Münzverhältnisse in Gang. Zum berühmtesten Grossi-Typ wurde der in Folge des 4. Kreuzzuges massenhaft ausgeprägte venezianische Matapan. Durch die engen Handelsbeziehungen zum italienischen Raum kam diese Idee auch nach Tirol. Ab 1259 ließ Graf Meinhard II. von Görz-Tirol (1258-1267) in Meran die ersten Mehrpfennigmünzen im Heiligen Römischen Reich schlagen. Diese Adlergroschen entsprachen ursprünglich einem Gegenwert von 20 Bernern (Veroneser Denare). Sie zeigen auf der Vorderseite den Reichsadler und auf der Rückseite ein einfaches Kreuz. Als König Rudolf I. von Habsburg (1273-1291) 1274 Meinhard II. offiziell das Münzrecht für Meran einräumte, zog dies die Prägung neuer Zwanziger nach sich. Aus geldpolitischen Gründen wurden die neuen „Zwainziger“ mit einem höheren Feingehalt ausgebracht. Der Kurs der Adlergroschen sank damit um ein Zehntel auf 18 Berner. Zur Unterscheidung der beiden Münzsorten zeigt der neue, Kreuzer genannte Münztyp auf der Vorderseite zwei gegeneinander versetzte Kreuze und auf der Rückseite den Tiroler Adler. Der Etschkreuzer – als „Netsch“ ein heute noch gängiger umgangssprachlicher Ausdruck für Geld – wurde zum Vorbild für zahlreiche italienische und deutsche Prägungen.

Für die Kreuzerprägung wurden größere Silbermengen gebraucht als im Alttiroler Raum verfügbar waren. Meinhard II. richtete in Bozen, Meran und Sterzing Mautstellen ein. Auf bestimmte Waren (Wein, Olivenöl) wurde die sogenannte „Silberstange“, eine Zwangsabgabe in Form von Silberbarren oder auswärtigen Münzen, eingehoben.

In der zweiten Hälfte des 15. Jahrhunderts wurde in den österreichischen Erbländern die Pfennigrechnung langsam durch die Kreuzerrechnung verdrängt, wobei sich ein Verhältnis von einem Kreuzer zu vier Wiener Pfennigen herausbildete. Die Bewertung des Rheinischen Goldguldens zu 60 Kreuzern oder 240 Pfennigen schuf schließlich die Grundlage für eine – parallel zur habsburgischen Reichsbildung verlaufende – Vereinheitlichung des Münzwesens. Ab 1510 waren Pfennig und Kreuzer zu einem Währungssystem vereinigt.



Adlergroschen, Grafschaft Tirol, Meinhard II.,
Meran 1259-1274/75, OeNB, MA00352.



„Zwainziger“ (Kreuzer), Grafschaft Tirol, Meinhard II. oder Nachfolger,
Meran ab 1274/75, Silber. OeNB, MA00357.



1.7.2 Groschen, Batzen, Schilling

Die österreichischen Erbländer blieben – im Unterschied zu Tirol – bei der Pfennigprägung. Bei der Bezahlung größerer Summen behalf man sich mit dem Prager Groschen, einem Silbernominale, das neben dem Tiroler Kreuzer zu Beginn des 14. Jahrhunderts weit verbreitet war. Die Grundlage für die Prägung dieser, nach dem Vorbild des französischen Tournois zu zwölf Denaren gestalteten Münze bildeten die reichen Silbervorkommen von Kuttenberg (Kutna Hora). Der Prager Groschen entsprach 1326 etwa sieben Wiener Pfennigen.

Versuche Kaiser Friedrichs III., nach der Bewältigung der Schinderlingskrise eigene mittlere Silbermünzen zu etablieren und mit der Wiederaufnahme der Goldprägung ein differenziertes Nominalsystem mit höheren Münzwerten zu schaffen, scheiterten. Gegen die übermächtige Konkurrenz der ausländischen Münzen konnten sich die in ihrer Qualität mangelhaften österreichischen Prägungen nicht behaupten.

Vielmehr drangen um 1500 Batzen und Schillinge aus der Schweiz und dem Bodenseeraum in größeren Mengen auch in die österreichischen Länder ein. Münzfunde dieser Zeit deuten darauf hin, dass der Prager Groschen innerhalb weniger Jahre durch die Batzen aus dem österreichischen Geldverkehr verdrängt wurde. Allerdings waren die mittelgroßen Silbermünzen aus Süddeutschland von sehr unterschiedlicher Qualität. Auf den Reichstagen von 1522 und 1524 wurde ein Verbot der Batzenprägung gefordert, welches allerdings erst mit der Reichsmünzordnung von 1559 durchgesetzt wurde.



Prager Groschen, Königreich Böhmen, Johann I., Kuttenberg o.J., Silber. OeNB, MA00456.



Batzen, Erzstift Salzburg, Leonhard von Keutschach, Salzburg 1500, Fund von Glinzendorf. OeNB FU00290.



Batzen, Reichsstadt Isny, 1508, Fund von Glinzendorf. OeNB, FU00533.



1.7.3 Dukaten und Goldgulden

Im 14. und 15. Jahrhundert erhielten neben den größeren Silbernominale Goldmünzen eine wachsende Bedeutung. Als Münzmetall jahrhundertlang nahezu völlig verdrängt, wurde Gold in Europa ab Mitte des 13. Jahrhunderts wieder verstärkt als Zahlungsmittel herangezogen. Ursachen dafür waren der allgemeine wirtschaftliche Aufschwung und der durch die Kreuzzüge neu belebte Orienthandel. Die ersten Prägungen entstanden in den großen italienischen Handelsstädten Florenz (1252), Genua (1252) und Venedig (1284).

Von den zahlreichen Nachahmungen des Florentiner Goldgulden und des venezianischen Dukaten waren in Österreich vor allem ungarische Dukaten und rheinische Gulden als Handelsmünzen im Umlauf. Die ersten österreichischen Guldenprägungen fanden im Auftrag der Herzöge Albrecht II. (1330-1358), Rudolf IV. (1358-1365), Albrecht III. (1365-1395) und Leopold III. (1365-1386) in der Münzstätte Judenburg statt. Judenburg hatte zu dieser Zeit eine führende Stellung im Handel mit Italien inne und daher ein entsprechendes Interesse an der Prägung eines eigenen Gulden.

Die Judenburger Münzmeister konnten dabei auf heimisches Gold aus den Hohen Tauern zurückgreifen. Auch die Salzburger Erzbischöfe prägten Ende des 14. Jahrhunderts Goldmünzen. Geldwirtschaftlich blieben diese Prägungen jedoch von untergeordneter Bedeutung. Selbst 100 Jahre später, als Friedrich III. Goldmünzen nach dem Vorbild ungarischer Dukaten und rheinischer Gulden schlagen ließ und auch der Tiroler Erzherzog Sigismund eigene Goldguldenprägungen vornahm, gelang es nicht, sich gegen die Konkurrenz ausländischer Goldmünzen durchzusetzen.

Dennoch war mit der Wiederaufnahme der Goldprägung ein wichtiger Schritt zur weiteren Ausbildung des österreichischen Münzwesens getan. Der entscheidende Impuls ging von Tirol aus, wo unter Erzherzog Sigismund (1446-1490) ein neues Münzsystem eingeführt und mit einer Großsilbermünze, dem späteren Taler, die Grundlage für das neuzeitliche Geldwesen geschaffen wurde.



Goldgulden (Fiorino d'oro), Florenz, 1323, Gold. OeNB, MA00418.
 Von der auf der Vorderseite der Florentiner Gulden dargestellten Blume (lat. flos) leiten sich die Münzbezeichnung „Floren“ und davon die Abkürzung fl. für den Gulden ab. Das botanische Vorbild für die heraldische „Lilie“ ist in Wirklichkeit eine Schwertlilie (Iris).



Goldgulden, Albrecht II., Judenburg (1330-1358), Gold. OeNB, MA00242.



Goldgulden, Leopold III., Judenburg (1365-1386), Gold. OeNB, MA00247.



Goldgulden, Kaiser Friedrich III., Wr. Neustadt (1469-1474), Gold. OeNB, MA00204.
 Der Münzfuß dieser österreichischen Goldgulden entsprach den im Reich dominierenden rheinischen Goldgulden.

2 Vom Taler zum Papiergeld

2.1 Innovatives Land Tirol

2.1.1 Die Tiroler Münzreform

Das Tiroler Münzwesen hatte auch nach der Vereinigung mit Österreich 1363 seine Eigenständigkeit behalten. Bedingt durch die Währungskrise in den Nachbarländern Bayern, Salzburg und Österreich war es in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts auch in Tirol zu einem Wertverfall des Kreuzers gekommen. Damit einher ging eine fast inflationäre Prägung von Vierern, die sich auch im Münzfund von Tulfes widerspiegelt. Eine Stabilisierung gelang erst in den Jahren 1450 bis 1460 unter Erzherzog Sigismund von Tirol (1446-1490). Die erfolgreiche Konsolidierung der Währung bildete die Grundlage für eine Modernisierung des Münzwesens, die nachhaltige Auswirkungen auf das gesamte europäische Geldwesen der frühen Neuzeit haben sollte.

Den Anstoß dazu gab der durch die rasche Zunahme des europäischen Nord-Südhandels ausgelöste wirtschaftliche Aufschwung, an dem Tirol als Transitland profitieren wollte. Versuche, mit eigenen Goldprägungen der ausländischen Konkurrenz zu begegnen, blieben mangels ausreichender Goldvorkommen unbefriedigend und kostspielig. Sigismund machte die bessere Auswertung der seit etwa 1409 bekannten Silbervorkommen von Schwaz zum Ziel seiner Reformbestrebungen. Der Ertrag dieser Minen, der seit den 70er-Jahren des 15. Jahrhunderts außerordentlich gestiegen war, sollte nicht länger das venezianische Münzwesen alimentieren. Erzherzog Sigismund verlegte daher 1477 die Münzstätte von Meran nach Hall in Tirol, das sich rasch zu einer der wichtigsten Münzstätten des Spätmittelalters entwickelte.

Als Teil einer umfassenden Münzreform begann man dort 1482 mit der Ausprägung des Pfundners. Angelehnt an venezianische Vorbilder hatte die Münze einen Wert von 12 Kreuzern. In Venedig wurden seit 1472 größere Silbernominale hergestellt – zuerst die nach dem herrschenden Dogen benannte „Lira Tron“, dann der „Grossoni“ oder „Testone“ mit dem Kopfbild des Münzherrn. Der Tiroler Pfundner war die erste, mit einem realistischen Porträt des Landesherrn ausgestattete Münze im deutschsprachigen Raum. Sigismund ließ von dieser Münze auch ein Halbstück, den „Sechser“ prägen. 1484 nahm man die Produktion einer Silbermünze im Wert eines halben Guldens auf, des Halbguldiners oder halben Guldengroschen.

Etwa ein Drittel des in Schwaz geförderten Silbers ging nach Hall, wo es überwiegend in kleinere Silbermünzen – Vierer und Kreuzer – umgemünzt wurde. Die übrigen zwei Drittel gingen in den Export, an dem vor allem das Augsburger Handelshaus Fugger verdiente. Die Fugger hatten 1487 gemeinsam mit einem Genueser Handelshaus Erzherzog Sigismund ein Darlehen von 150.000 Gulden eingeräumt. Bis zur endgültigen Tilgung sollten sie Silber- und Kupfererze zu einem vergünstigten Preis zum Weiterverkauf beziehen. Allerdings folgte ein Darlehen dem anderen und der Einfluss der Fugger auf den Tiroler Bergbau wuchs. Infolge der hohen Schulden musste Erzherzog Sigismund 1490 auf Drängen der Tiroler Stände die Regierungsgeschäfte an König Maximilian I. (1486-1519) abtreten.



Goldgulden, Grafschaft Tirol, Sigismund v. Tirol (1446-1490), Hall o.J., posthume Prägung ab 1508, Silber: OeNB, NZ00048



Lira Tron, Republik Venedig, Nicoló Tron (1471-1474), Venedig o.J. (1472-1474), Silber: OeNB, NZ08300.



Pfundner, Grafschaft Tirol, Sigismund, Hall o.J., Silber: OeNB, NZ00053.



Sechser, Grafschaft Tirol, Sigismund, Hall o.J., Silber: OeNB, NZ00054



Sechser, Grafschaft Tirol, Sigismund, Hall o.J., Silber: OeNB, NZ00054

2.1.2 Guldiner und Taler

Höhepunkt der Tiroler Münzreform von Erzherzog Sigismund war die Prägung der ersten Großsilbermünze – des „Guldiners“ von 1486. Er vervollständigte die Reihe der neuen Tiroler Silbernominale. Er entsprach im Wert einem Rheinischen Gulden, der wichtigsten Goldmünze im Heiligen Römischen Reich und wurde in 60 Kreuzer unterteilt. Zur besseren Unterscheidung wurden die Goldstücke bald Goldgulden genannt. Für die neue Silbermünze waren auch die Bezeichnungen „Guldengroschen“ oder „Unzialis“, nach ihrem Gewicht von einer Silberunze (31,5 g) gebräuchlich.

Der Guldiner fand in kurzer Zeit zahlreiche Nachahmer. Als erster folgte der Salzburger Erzbischof Leonhard von Keutschach (1495-1519) dem Beispiel Tirols und ließ – vermutlich in der Münzstätte Hall – die als „Rübentaler“ bekannten Großsilbermünzen schlagen. Ihren numismatischen Namen bekamen diese Münzen von der Rübe im Familienwappen des Erzbischofs. Allerdings scheint dieses Projekt nicht viel mehr als Repräsentativcharakter gehabt zu haben, da sich nur zehn Rübentaler – ein Goldabschlag, zwei Doppeltaler und sieben einfache Taler – erhalten haben. Um 1500 begann Sachsen mit der Ausgabe eines Silberguldens und 1519 nahmen die Grafen Schlick im Böhmischem Joachimstal die Prägung von Guldengroschen auf. Von den im Joachimstal in großen Mengen hergestellten Guldengroschen – „Joachimstaler“ – leitet sich der Name Taler ab.

Diese Bezeichnung wurde ab der Mitte des 16. Jahrhunderts für alle großen Silbermünzen üblich. Über niederländische und spanische Münznamen entwickelte sich daraus letztlich auch der Dollar. Die ersten Guldenprägungen aus Hall spielten eine vergleichsweise geringe Rolle im europäischen Geldverkehr, da ihre Prägezahlen mit jenen von Sachsen und Joachimstal nicht mithalten konnten. Hinzu kam, dass sich Taler und Gulden bald eigenständig weiterentwickelten und der Gulden im Lauf der Zeit zum Halbtaler absank. Mit der Prägung einer Großsilbermünze, die für die Bedürfnisse einer wachsenden Wirtschaft und weltweiter Geldgeschäfte geeignet war, hatte Tirol jedoch die Grundlage für den Übergang zum neuzeitlichen Geldwesen geschaffen.



Guldiner, Sigismund v. Tirol (1439-1490), Hall, 1486,
Silber. OeNB, NZ00050.



Guldiner „Rübentaler“, Erzbistum Salzburg, Leonard von Keutschach (1495-1519),
Hall (?) 1504, Silber. OeNB, NZ07120.



2.2 Zwischen Blutgericht und Reichsmünzordnung

Maximilian I., der die habsburgischen Länder wieder unter sich vereinigte, bemühte sich im Rahmen der Neuordnung der Verwaltung auch um eine Vereinheitlichung des Münzwesens. Die 1510 für die österreichischen Länder erlassene Münzordnung wurde 1511 in nahezu identischer Ausführung für Tirol verfügt. Damit war die formale Basis für eine gemeinsame österreichische Währung gelegt.

Ein Sorgenkind war an der Wende zum 16. Jahrhundert die Münzstätte Wien. Die stockende Versorgung mit Edelmetall und die Rivalitäten zwischen dem vom Landesherrn bestellten Münzmeister und den Münzerhausgenossen verzögerten überfällige Reformen. Die Konflikte erreichten ihren Höhepunkt nach dem Tod Kaiser Maximilians I. 1519. Die Hausgenossen vertrieben mit Rückendeckung des neuen ständischen Regiments den noch von Maximilian eingesetzten österreichischen Münzmeister Thomas Behaim aus Wien. Mit der Übernahme des Wiener Münzmeisteramtes durch den Leinwandhändler Hans Schwarz und der Ausbringung von „grobe Sorten“ gingen die Hausgenossen dann zu weit. Ferdinand I. (1521-1564 Erzherzog von Österreich, 1558-1564 Kaiser) berief 1522 die Vertreter der Stände zu Gerichtsverfahren nach Wiener Neustadt. Der als Wiener Neustädter Blutgericht bekannte politische Schauprozess endete mit mehreren Todesurteilen. Mit Hans Schwarz und dem Wiener Bürgermeister und Anführer der Ständeopposition Martin Siebenbürger befanden sich zwei Angehörige der Münzerhausgenossen unter den Hingerichteten. Die Rechte und Privilegien der Hausgenossen wurden vom Landesherrn außer Kraft gesetzt, eingezogen und, folgt man dem Mandat vom 7. August 1522, auch physisch vernichtet. Juristisch begründet wurden sowohl das Todesurteil für Schwarz als auch die Aufhebung der Hausgenossenschaft mit der gewaltsamen Inbesitznahme des Münzhofes und der unautorisierten, dem Vergehen der Münzfälschung gleichgestellten Ausbringung größerer Münzsorten. Mit der Münzerhausgenossenschaft wurde eine längst überholte Institution aufgelöst und Weichen für das neuzeitliche Münzwesen gestellt.

Ferdinand I. setzte das Reformwerk Maximilians fort und erließ im Februar 1524 eine Münzordnung. Sie orientierte sich am Tiroler Geldsystem und legte Guldiner, Halbguldiner, Pfundner, Sechser und Kreuzer als Nominale in den österreichischen Erbländern fest. Als Münzfuß wurden 8 1/8 Guldiner auf die Kölner Feinmark festgelegt.

Bereits am 10. November 1524 erfolgte mit der Eßlinger Reichsmünzordnung ein erster Versuch zur Vereinheitlichung des Münzwesens im Heiligen Römischen Reich. Die Angleichung des Münzfußes (8 Gulden auf die Kölner Mark) der verschiedenen Taler- und Guldinerprägungen und eine einheitliche Wertrelation zum Gulden scheiterten. Erst mit den Reichsmünzordnungen 1551 und 1559 wurden allgemein gültige Richtlinien für die Prägung von Großsilbermünzen festgelegt und die Bindung des Silbergeldes an das Gold aufgehoben. Damit konnte sich der Taler zur allgemein anerkannten Währungsmünze entwickeln.

Allerdings unterliefen die Habsburger selbst, unter Hinweis auf die Kosten der Türkenabwehr, bis ins 18. Jahrhundert die mühsam erreichten reichsweiten Vereinbarungen. Kaiser Karl V. (1519-1556) hatte bereits im März 1525 seinem Bruder Ferdinand das „Privilegium des Quentchens“ für die österreichischen Länder zugestanden. Das Privileg gestattete die österreichischen Münzen weiter nach der Ordnung von Februar 1525 und damit etwas geringhaltiger als der Reichsstandard auszuprägen.



Halbbatzen, Wiener Hausgenossen, Wien 1520, Silber. OeNB, NZ00084.



Josef Ferdinand Waßhuber: Blutgericht von Wr. Neustadt (August 1522), 1. Hälfte 18. Jh. Stadtmuseum Wiener Neustadt.



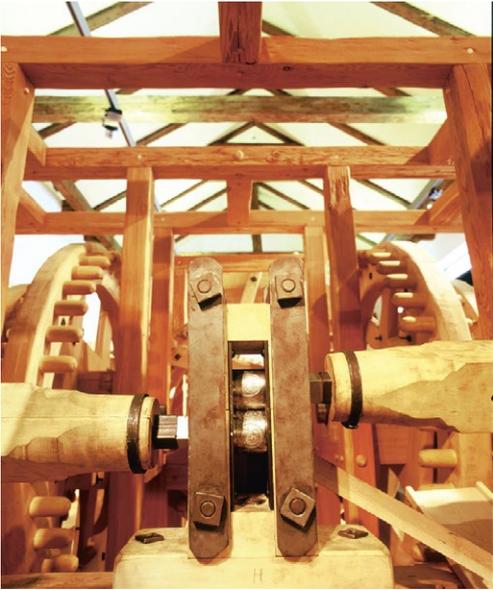
Taler; Ferdinand I., Linz 1536, Silber, 28,26 g. OeNB, NZ00137.

2.3 Technischer Fortschritt im Münzwesen

Die Haller Münzstätte war im Unterschied zu den meisten anderen habsburgischen Münzstätten fest in landesfürstlicher Hand. Sie zeichnete sich nicht nur durch die Ausprägung neuer Münzsorten aus, sondern war auch in technischen Belangen innovativ. Mit dem Einsatz neuer Produktionsverfahren konnte die Qualität der Prägungen verbessert und die Produktion rationalisiert werden. 1523 kam eine neue Methode der Zainbehandlung und 1532 ein neuer Schmelzofen zum Einsatz. Die bahnbrechendste Neuerung war aber die Abkehr von der traditionellen Hammer-Amboss-Prägung. Mitte des 16. Jahrhunderts begann man vielerorts mit Prägemaschinen zu experimentieren. Die erste erfolgversprechende Probeprägung erfolgte 1566 in Mühlau bei Innsbruck. Im August 1567 ging das Prägewerk mit der Herstellung von Huldigungstalern für Erzherzog Ferdinand II. von Tirol offiziell in Betrieb. Im Jahr 1571 erfolgte die Verlegung der Walzenprägung von Mühlau nach Hall, in die zur neuen Münzstätte umfunktionierten Burg Hasegg.

Dank der neuen Prägemaschine konnte die Tiroler Talerprägung ab 1577 gewinnbringend geführt werden. Die neue Technik ermöglichte es außerdem mehr Silber zu vermünzen als jährlich aus den Schwazer Bergwerken (4,7-7 Tonnen) geliefert wurde. Tirol wandelte sich vom Silberexporteur zum Importeur. Im langen Türkenkrieg Rudolphs II. (1576-1612) kam den Prägekapazitäten der Tiroler Münzstätte eine zentrale Rolle bei der Kriegsfinanzierung zu. Hall war als einzige habsburgische Münzstätte technisch in der Lage die großzügigen spanischen Hilfgelder innerhalb kurzer Zeit für Soldzahlungen in österreichische Münzen umzuprägen.

Eine Reihe von Prägeherren zeigte bald Interesse an der neuen Maschine. Nicht jeder davon war den hohen Kosten, dem technischen Aufwand und den Widerständen des um seine Arbeit fürchtenden Münzpersonals gewachsen. In Wien und Salzburg erfolgte die Einführung der neuen Prägetechnik erst in den 1620er-Jahren. Als erstes übernahm die Münzstätte Segovia die neue Technik. Zur Errichtung und Einschulung wurden Handwerker und Münzarbeiter aus Hall nach Spanien entsandt. Angetrieben wurden die neuen Prägewerke entweder von Menschen und Tieren oder im Idealfall von Wasserkraft. Nachdem die Technik ausgereifter wurde, konnten kleinere und billigere Maschinen konstruiert werden. Eine wesentliche technische Verbesserung brachte das Taschenwerk, das von einem Arbeiter allein bedient werden konnte. Anstelle von Walzen mit mehreren Münzbildern enthielt das Taschenwerk nur je einen austauschbaren, pilzförmigen Ober- und Unterstempel. Die so geprägten Münzen waren häufig stark gebogen. In der Münzstätte Wien ist die Verwendung von Taschenwerken zwischen 1657 und 1754 belegt.



Rekonstruktion der Walzenprägemaschine.
Münze Hall.



Guldentaler als Huldigungstaler der Tiroler Landstände für Erzherzog Ferdinand II. von Tirol,
Mühlau, 1567, Silber, 24,86 g, 38,40 mm. OeNB, NZ00519.

2.4 Preisrevolution

Bereits im 15. Jahrhundert war Tirol massiv von Getreide- und Schweineimporten aus Bayern abhängig. Ein Großteil der in Hall geprägten Kreuzer diente diesen Lebensmittelkäufen. Bayrische Münzfunde aus dieser Zeit belegen mit ihrem massiven Anteil an Tiroler Prägungen diesen Geldabfluss. Bedingt durch die vom Bergbauboom verursachte Überbevölkerung in Relation zu den knappen Nahrungsmittelressourcen war das Preisniveau bereits zu Beginn des 16. Jahrhunderts außerordentlich hoch.

Der Anstieg der europäischen Silberproduktion, der Zustrom von Edelmetallen aus Amerika und die Ausweitung des Kreditverkehrs lösten, neben anderen Faktoren wie Bevölkerungswachstum und Konjunkturaufschwung, im 16. Jahrhundert eine säkulare Inflation aus. Im Donauraum stiegen die Getreidepreise während des 16. Jahrhunderts um 170 Prozent, die Preise für Rindfleisch um 110 Prozent.

Der allgemeinen Teuerung bei landwirtschaftlichen Produkten stand ein relatives Sinken der Preise für Industriegüter und Löhne gegenüber. Ein Wiener Maurergeselle, der um 1500 einen Taglohn im Gegenwert von etwa 8 Pfund Rindfleisch erhielt, musste sich um 1600 mit 5 Pfund begnügen.

Die Nachfrage nach Geld wurde auch durch den wachsenden Bedarf der entstehenden Territorialstaaten für Repräsentation, Verwaltung, Kriegsführung und die Haltung von Söldnerheeren erhöht. Die herkömmlichen staatlichen Einnahmequellen reichten dafür nicht mehr aus, dementsprechend stieg die öffentliche Verschuldung.

Zu Beginn des 17. Jahrhunderts beschleunigte sich die Geldentwertung, um schließlich während des Dreißigjährigen Krieges in die Hyperinflation, der „Kipper- und Wipperzeit“ überzugehen.



Kriegskasse, Süddeutschland, um 1630.
OeNB, MG00055.

2.5 „Kipper- und Wipperzeit“

Der Ausdruck „Kipper- und Wipperzeit“ leitet sich von der illegalen Verwendung von Feinwaagen zum Auswiegen übergewichtiger Münzen ab. Er steht für eine Geldkrise, die zu Beginn des 17. Jahrhunderts die österreichischen Erbländer und weite Gebiete des Deutschen Reichs erfasste. Die tiefere Ursache der rasanten Geldentwertung der „Kipper- und Wipperzeit“ lag in den Reichsmünzordnungen des 16. Jahrhunderts. Diese schrieben einen hohen Münzfuß für kleine Nominale vor, der nur unter Verlust einzuhalten war. Viele Münzstätten nahmen daher eine Verminderung von Rau- und Feingewicht vor, hochwertiges Geld wurde in geringwertiges umgeprägt. Man transportierte das schlechte Geld in andere Regionen, ließ es dort gegen besseres „aufwechseln“, brachte dieses in die heimischen Münzstätten zurück und prägte es in geringwertige Münzen um.

Angeheizt wurde dieser inflationäre Kreislauf durch eine allgemeine Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage infolge der Türkengefahr zu Beginn des 17. Jahrhunderts, den Rückgang der Silberproduktion und den erhöhten Geldbedarf beim Ausbruch des Dreißigjährigen Krieges (1618-1648). Böhmen und Mähren begannen 1619 mit der Prägung von Kipper- und Wippermünzen. Um Krieg und Aufrüstung zu finanzieren, gingen 1621 auch die Münzstätten in den österreichischen Erbländern zur Ausprägung unterwertiger Münzen über. Den Höhepunkt erreichte die Krise 1622. Als Kaiser Ferdinand II. (1619-1637) zu Beginn des Jahres alle böhmischen, mährischen und niederösterreichischen Münzstätten an ein Konsortium verpachtete und dafür einen Jahresbetrag von sechs Millionen Gulden – das Sechsfache dessen, was die böhmischen Münzen jährlich einbrachten – forderte, setzte eine dramatische Münzverschlechterung ein. Der Wert des Talers stieg Ende des Jahres von ursprünglich 1 Gulden 8 Kreuzer auf 11 Gulden 15 Kreuzer. Ein Jahr später, im Dezember 1623, entschloss sich Ferdinand II. zur Einziehung und Umwechslung der Kippermünzen. Für 100 Taler Kippermünze wurden nur 13,3 Taler Reichsmünze gezahlt, was einem Verlust von 87 Prozent und einem Staatsbankrott gleichkam.



Kippertaler zu 150 Kreuzern, Ferdinand II. (1619-1637),
Kuttenberg, 1622, schlechte Silberlegierung. OeNB, NZ01221.



Oberstempel für
Revers eines
24 Kreuzer Stücks 1623.
OeNB, PT00125.



„Der Münzer“, Kupferstich aus „Abbildung der gemeinnützlichen Hauptstände...“, Christoph Weigel der Älteren, Nürnberg 1698. OeNB, BA00004.

Darstellung eines Münzstättenbetriebes: Im Vordergrund ein Setzmeister beim Prägen von Münzen mittels Hammer-Ambos-Prägung. Diese seit der Antike bekannte Technik wurde für Kleinmünzen noch bis weit in die Neuzeit hinein

gebraucht. In der Bildmitte ist die Bearbeitung der Zaine zu sehen und im Hintergrund ein Glühofen. Unterhalb mahnende Kommentare des Wiener Hofpredigers Abraham A Sancta Clara.

2.5.1 „Zweite Kipperzeit“

Die Folgen der „Kipper- und Wipperzeit“ und des Dreißigjährigen Krieges waren im Geldwesen der österreichischen Erbländer bis über die Mitte des Jahrhunderts hinaus zu spüren. 1659 versuchte Leopold I. (1658-1705) mit dem so genannten „Münzeinrichtungswerk“ das Münzwesen für die Stabilisierung der Staatsfinanzen heranzuziehen. Zum einen wurde der Taler in allen habsburgischen Ländern dem etwas geringerwertigen Tiroler Taler angeglichen, was seinen Kurs stabil halten sollte. Zum anderen wurden zu den bestehenden neue mittlere Münzsorten zu 15- und 6-Kreuzer eingeführt.

Das Besondere an der Reform war, dass sich 6er und 15er in Schrot und Korn nicht mehr wie bisher nach dem Taler, sondern den Kleinmünzen richteten. Während aus der feinen Mark Taler im Wert von 16 Gulden 42 Kreuzer gemünzt wurden, entstanden aus derselben Silbermenge nun Fünfeuzner im Wert von 19 Gulden 30 Kreuzer. Dies entsprach einer Differenz von knapp 17 Prozent bzw. einem Gewinn von rund 3 Gulden. Allein die Münzstätte Wien erwirtschaftete damit 1659-1665 um 1,5 Millionen Gulden mehr Gewinn als sie es mit Talern gekonnt hätte. Für alle habsburgischen Münzstätten zusammen nehmen Schätzungen ein Prägevolumen insgesamt rund 160 Millionen Stück Fünfeuznern an. Die schlechten österreichischen Fünfeuzner verbreiteten sich rasch im Süddeutschen Raum, waren dort aber nur 12-13 Kreuzer wert.

Die hohen Münzgewinne, die aus den geringen Prägekosten der Fünfeuzner resultierten, flossen in die Abwehr der Osmanischen Bedrohung. Besonders der Kleine Türkenkrieg von 1663/64 wurde so finanziert. Der an sich militärisch erfolgreiche Feldzug endete im ungünstigen Frieden von Vasvár 1663/1664, der u.a. ein „Geschenk“ von 100.000 Talern für den Sultan vorsah.

Während der zweiten, „kleinen Kipperzeit“ 1675-1695 wurden die Fünfeuzner in zahllosen meist illegalen Prägestätten (Heckemünzstätten) um- und nachgeprägt. Besonders Graf Ludwig Gustav zu Hohenlohe sowie die Grafen Sayn-Wittgenstein und Montfort taten sich hier unrühmlich hervor. Österreich wurde von schlechtem Geld überschwemmt. Erst durch hohe Strafen, Militäraktionen gegen die Heckenmünzstätten und die Bewertung der Fünfeuzner mit 17 Kreuzern beendeten die „kleine Kipperzeit“. Allein 1696 wurden in Österreich rund 4,7 Millionen Stück Kippergulden eingeschmolzen. Die Einziehung der Kippermünzen finanzierte man u.a. mit der Ausgabe sogenannter Landkreuzer, nur in den Erblanden gültige Münzen mit sehr geringem Silbergehalt.

Im Heiligen Römischen Reich entwickelten etwa zeitgleich die unter der Führung Kursachsens zustande gekommenen Verträge von Zinna (1667) und Leipzig (1690) bedeutsame Wirkung. Besonders am Leipziger Münzfuß orientierten sich bald viele Reichsstände. Erst 1738 wurde der Leipziger Fuß, der 18 Gulden auf die feine Mark rechnete, von Kaiser Karl VI. (1711-1740) zum Reichsfuß erhoben. Zu diesem Zeitpunkt war er allerdings schon unzeitgemäß.



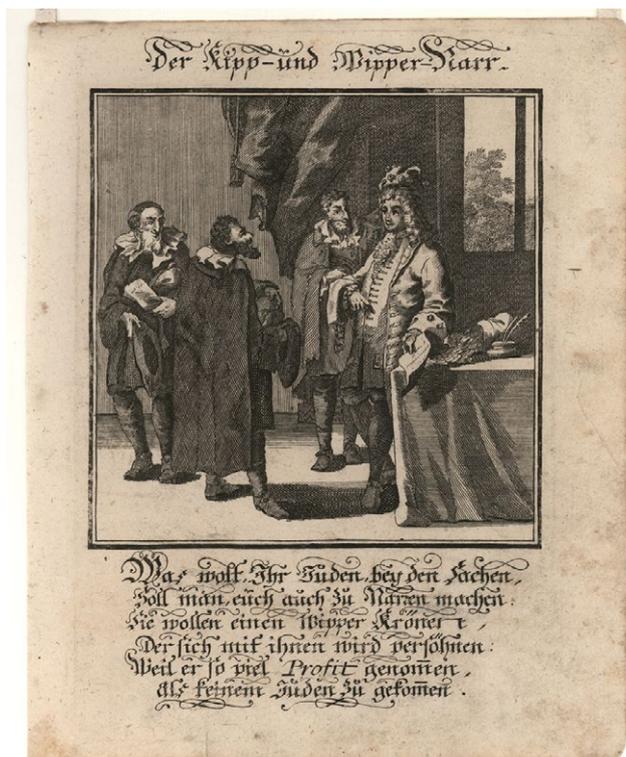
15 Kreuzer, Leopold I., Wien, 1659,
Silber. OeNB, NZ01807.



6 Kreuzer, Leopold I., St. Veit, 1670,
Silber. OeNB, NZ01958.



Kreuzer „Landkreuzer“, Leopold I. (1658-1705),
Wien, 1695, schlechte Silberlegierung. OeNB, NZ01847.



„Der Kipp- und Wipper-Narr“, Anonymer Kupferstich, 2.
Hälfte 17. Jh. Darstellung dreier „Kipper und Wipper“, die
bei einem Edelmann „schlechte“ Münzen gegen „gute“
eintauschen wollen. OeNB, BA00005.

2.6 Kameralismus und Merkantilismus

Kostspielige Kriege zur Durchsetzung der österreichischen Hegemonialpolitik, ein veraltetes Finanzwesen und eine wenig entwickelte Wirtschaft waren die Ursachen für die fortgesetzten Geldprobleme des habsburgischen Reiches. Parallel zur Entfaltung des Barockabsolutismus und des frühmodernen Staatswesens im 17. Jahrhundert verbreitete sich der Merkantilismus als wirtschaftliche Lehrmeinung, wobei darunter ein breites Spektrum wirtschafts-, geld- und handelspolitischer Ansätze zu subsumieren ist.

Neben Johann Joachim Becher und Wilhelm von Schröder war Philipp Wilhelm von Hörnigk einer der Wegbereiter des österreichischen Merkantilismus. Unter dem Eindruck der knapp überstandenen Zweiten Wiener Türkenbelagerung entstand 1684 sein Hauptwerk „Österreich über alles, wann es nur will“. Ausgehend von der Frage wie ein schlagkräftiges stehendes Heer von 100.000 Mann zu finanzieren sei, entwickelte er eine Wirtschaftstheorie die bis weit ins 18. Jahrhundert hinein nachwirkte. Für Hornigk lag der Schlüssel zum Wohlstand eines Reiches in dessen Rohstoffen und weniger im meist auf Luxusgüter beschränkten Handel. Ziel staatlicher Wirtschaftspolitik musste es sein, das Handelsbilanzdefizit zu verringern und so das Geld im Land zu behalten. Vom Rohstoff bis zum Handelsprodukt sollte die Wertschöpfungskette möglichst im eigenen Land bleiben. Schutzzölle waren dazu gedacht Importe, besonders von teuren Luxuswaren, möglichst einzuschränken. Umgekehrt wurden Exporte und die Einrichtung von Manufakturen gefördert.

Eine weitere Möglichkeit die Geldwirtschaft zu beleben, erkannte Wilhelm von Schröder. In seinem 1686 veröffentlichten Werk „Fürstliche Schatz- und Rentkammer, nebst einem notwendigen Unterrichte zum Goldmachen“ empfahl er die Einführung von Banknoten und Papiergeld. Damit könne dem Landesherrn eine „ewige und unaufhörliche Gold- und Geldmine“ eröffnet werden. Der österreichische Staat machte keinen Gebrauch von diesem Vorschlag. Neben den traditionellen fiskalischen Mitteln Belehnung, Verpfändung und Eigenwirtschaft des Staates stützte man sich zunächst auf die Ausweitung der Steuern.

Während der Regierung von Karl VI. behalf sich Österreich mit Anleihen bei befreundeten Mächten und nahm zudem verstärkt privates Kapital zur Deckung des wachsenden staatlichen Bedarfs in Anspruch. Während seiner Regierungszeit ging die unmittelbare Staatsschuld zwar leicht zurück, aus der übermäßigen Heranziehung des staatlichen Wiener Stadt-Bancos (Wiener Stadtbank) zur Finanzierung von Kriegsausgaben resultierte aber ein Anstieg der Schulden um rund 40 Millionen Gulden auf ca. 54 Millionen Gulden.

Die kaiserliche Reformtätigkeit richtete sich in dieser Zeit in erster Linie auf die Förderung von Handel und Gewerbe. Karl VI. hatte bereits erkannt, dass „von guter Bestellung des Münzwesens der Wohlstand eines Landes hauptsächlich dependiert“ (Hofkammerinstruktion vom 30.12.1717) und verschiedene Reformen im österreichischen Münzwesen, wie die Vereinheitlichung der Münzbilder, Einführung von Randschriften, Gründung der Wiener Graveursakademie und der Schließung unrentabler Münzstätten, in Gang gesetzt.



Die Münzwerkstatt, Lithographie, Lithographische Anstalt J.C. Mäcken, Reutlingen, 1830. OeNB, BA00009. Dargestellt ist die Prägung mittels Spindelpresse (Balancier) und das Rändeln der Münzen (rechts).

2.7 „Conventions-Münze“

Die merkantilistischen Reformen leiteten in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts eine neue Phase staatlicher Wirtschafts- und Geldpolitik ein. Kurz nach dem Tod Karls VI. brach der Österreichische Erbfolgekrieg aus und stellte die angeschlagenen österreichischen Staatsfinanzen vor kaum lösbare Anforderungen. Ein weiteres Problem war der massive Geldabfluss ins Ausland, verursacht durch unterschiedliche Gold-Silber-Relationen. Maria Theresia (1740 - 1780) begann, beraten von Gundakar Graf Starhemberg und Graf Friedrich Wilhelm von Haugwitz, im Rahmen umfassender Verwaltungsreformen auch mit Neuerungen im Münzwesen. Ausgangspunkt war die Errichtung des Münz- und Bergwerksdirektions-Kollegium als unmittelbarer Hofstelle im April 1746. Mit der Münzinstruktion vom 30. Juli 1748 wurde dann erstmals seit 1659 der Münzfuß des Talers gesenkt.

Auf die Einführung des Graumannschen Münzfußes (21-Gulden-Fuß) in Preußen reagierte Österreich im November 1750 mit einer umfassenden Münzreform. Um der ständigen Gefahr von Münzverschlechterungen zu begegnen, setzte Maria Theresia einen neuen einheitlichen Münzfuß in ihren Ländern fest. Nunmehr sollten 24 Gulden auf die Wiener bzw. 20 Gulden (20 Gulden Fuß) auf die Kölner Mark Feinsilber gehen, wobei der Gulden zu 60 Kreuzern gerechnet wurde. Dies entsprach einer Verschlechterung von 8 % gegenüber den Talern aus der Zeit Karls VI.

Als erster Partner unterzeichnete Kurbayern am 21. September 1753 die österreichische-bayerische Münzkonvention. Die Konventionsmünzen (C.M.) beider Länder sollten gleichen Standards entsprechen und ungehindert umlauffähig sein. Bereits im Oktober 1754 trat Bayern aber wieder aus und führte den schlechteren 24-Gulden-Fuß ein.

In der Folge, besonders während des Siebenjährigen Krieges, führten fast alle deutschen Länder, mit Ausnahme Preußens, Braunschweig-Lüneburgs und der norddeutschen Hansestädte, eine der beiden Formen der Konventionswährungen ein.

Damit hatte Österreich den Grundstein für eine Landeswährung von mehr als 100-jährigem Bestand geschaffen und darüber hinaus zur Erleichterung des internationalen Zahlungsverkehrs beigetragen. Erst der Dresdner Münzvertrag von 1838 beendete die Ära der Konventionswährung in den deutschen Ländern. In Österreich hielt man dagegen mit gewissen Unterbrechungen während der Franzosenkriege bis zur Einführung der Österreichischen Währung 1858 an der Konventionswährung fest.

Berühmteste Münze dieser Epoche wurde der Maria-Theresien-Taler, der sich im Levante-Handel besonderer Beliebtheit erfreute und in den arabischen Ländern und Abessinien bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs im Umlauf blieb. Das Geldstück mit dem Bild der Kaiserin (in der Ausgabe mit Witwenschleier und der Jahreszahl 1780), von den Engländern der barocken Formen wegen despektierlich als „fat lady“ bezeichnet, war eine der erfolgreichsten und langlebigsten Handelsmünzen der Geldgeschichte.



20 Kreuzer, Maria Theresia (1740-1780), Wien, 1763, Silber. OeNB, NZ03143.

Den täglichen Geldverkehr dominierte der „Conventionszwanziger“, wegen seines Vorderseitenbildes auch „Kopfstück“ genannt. Die habsburgischen Konventionsmünzen wurden zwischen 1751 und 1806 mit einem kleinen Andreaskreuz in der Legende gekennzeichnet.



Konventionstaler, Markgrafschaft Brandenburg-Ansbach, Christian Friedrich Karl Alexander, Schwabach, 1773, Silber, 28,03 g. OeNB, NZ08042.



Konventionstaler „Maria-Theresien-Taler“, Maria Theresia (1740-1780), Günzburg 1780, mit Gegenstempel „Nejd“ (1916-1923 od. 1932-1953), Silber. OeNB, NZ03410.

2.7.1 Scheidemünzen aus Kupfer

Eine weitere, wichtige Neuerung dieser Ära war die Einführung von Kupfermünzen. Ab 1760 wurde der Kreuzer, der zu einer winzigen, unpraktischen Silbermünze herabgesunken war, als Scheidemünze in Kupfer ausgeprägt. Damit konnten die in großer Zahl umlaufenden ausländischen Scheidemünzen verdrängt und der Bedarf an Kleinmünzen aus eigener Prägung gedeckt werden.

1779, als das Innviertel zu Österreich kam und der dort herrschende Kleingeldmangel behoben werden musste, wurden in der vorderösterreichischen Münzstätte Günzburg innerhalb von sechs Wochen 1,2 Millionen Kupferkreuzer hergestellt und auf dem Schiffsweg in das neu erworbene Gebiet verfrachtet.





Kreuzer, Maria Theresia, Günzburg 1779, Kupfer, 11,31 g.
OeNB, NZ03427.



2.7.2 Österreichs erstes Papiergeld

Kostspielige Kriege waren ein Grund für die fortgesetzten Finanzprobleme Österreichs. Zwar gelang es immer wieder Wege zur Deckung des kurzfristigen Geldbedarfs mittels Krediten zu finden, an der Verschlechterung der Finanzlage änderte dies jedoch nichts. Bereits 1759 war erstmals die konkrete Idee zur Ausgabe von Papiergeld aufgekommen, das Projekt aber aufgrund von Bedenken der Kaiserin nicht weiter verfolgt worden. Erst angesichts der schweren Belastung des Staatsbudgets durch den Siebenjährigen Krieg gegen Preußen entschloss sich Maria Theresia 1762 zur erstmaligen Ausgabe von Papiergeld.

Auf diese Weise sollten zusätzliche Mittel für die Kriegsführung aufgebracht werden, ohne den Münzfuß zu verschlechtern. Die Ausgabe des Papiergeldes wurde dem Wiener-Stadt-Banco übertragen. Als Sicherstellung für die unverzinslichen Stadt-Banco-Zetteln in der Höhe von 12 Millionen Gulden verpfändete der Staat einen Teil der Abgaben. Die so genannten „Banco-Zettel“ konnten für sämtliche Zahlungen verwendet oder in Beträgen von 200 Gulden aufwärts gegen 5-prozentige Staatsobligationen umgetauscht werden. Es bestand aber kein Annahmewang. Da die Einlösbarkeit der Stadt-Banco-Zettel außer Zweifel stand, erzielten sie vorübergehend sogar ein Agio von 1 bis 2½ % gegenüber der Silbermünze. Ursprünglich nur als Notmaßnahme während des Krieges gedacht, folgten 1771 und 1785 weitere Emissionen. Einer der Hintergedanken für die Beibehaltung in Friedenszeiten war es, die Akzeptanz des Papiergeldes bei zukünftigen Kriegen zu erhöhen.



Nur Maria Theresia von
Gottes Gnaden Kömi-
sche Kaiserin, in Germanien, zu
Sungarn, Böhheim, Dalmatien, Croa-
tien, Slavonien etc. Königin; Erz-
Herzogin zu Oesterreich; Herzogin zu
Burgund, Ober- und Nieder-
Schlesien, zu Brabant, zu Namur, zu
Steyer, zu Kärnten, zu Trient, zu Mantua,
zu Parma, und Piacenza, zu
Limburg, zu Luzenburg, zu Seldern,
zu Würtemberg; Marggräfin des Heil. Röm. Reichs,
zu Mähren, zu Burgau, zu Ober- und
Nieder-Lausnitz; Fürstin zu Schwaben,
und Siebenbürgen, gefürstete Gräfin zu
Sabsburg, zu Blandern, zu Tyrol, zu
Pfort, zu Kyburg, zu Görz, zu
Gradisca, und zu Artois; Landgräfin
in Elßaß, Gräfin zu Namur, Frau auf
der Windischen March, zu Fortenau,
zu Galins, und zu Neucheln; Her-
zogin zu Lothringen, und Barr; Groß-
Herzogin zu Toscana etc. etc.

X

Ente

2.8 Österreichs Geldwesen während der Franzosenkriege

2.8.1 Kriegsfinanzierung: „Wiener Währung“

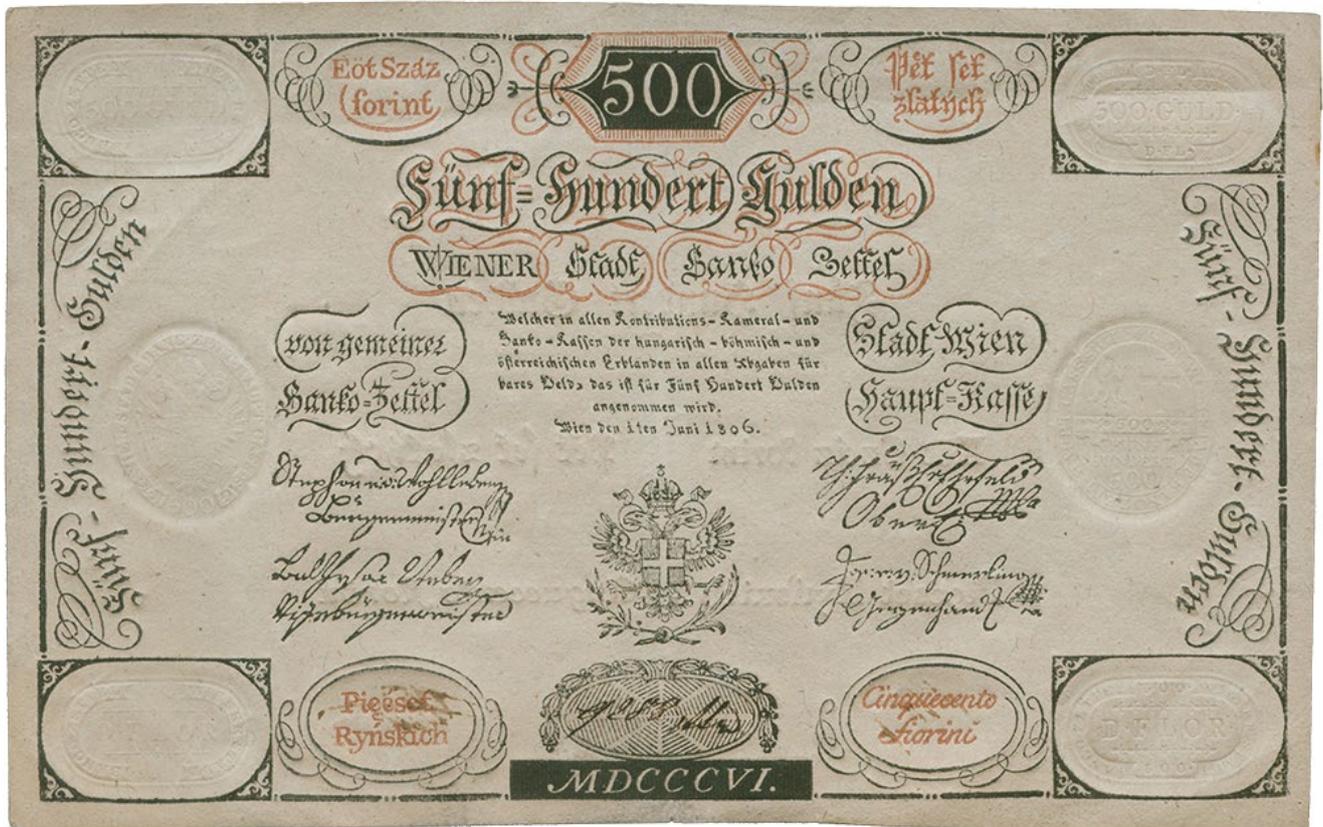
Ende des 18. Jahrhunderts geriet Österreich nach dem Feldzug gegen die Türken 1788 und ab 1792 durch die Kriege gegen das revolutionäre Frankreich in schwere finanzielle Bedrängnis. Waren die Staatsausgaben vor dem Türkenkrieg noch bei etwa 90 Millionen Gulden gelegen, so stiegen sie danach rasch an. 1798 erreichten sie eine Höhe von 572 Millionen. Als einziger Ausweg blieb der Regierung unter Kaiser Franz II./I. (1792-1835) die Vermehrung des Papiergeldes. Diese erfolgte zunächst geheim, ab 1796 durch eine Neuausgabe von Banco-Zetteln. Bereits im Jahr darauf musste der Zwangskurs (Annahmewang) der Stadt-Banco-Zettel verfügt werden. Der Umlauf an Banco-Zetteln betrug zu diesem Zeitpunkt 74 Millionen Gulden.

Gleichzeitig mit der Papiergeldvermehrung verschwanden die Gold- und Silbermünzen weitgehend aus dem Verkehr. Lediglich zur Bezahlung der Soldaten und für Auslandszahlungen wurde eine Münzprägung aufrechterhalten. Besonders die im Vergleich zu den Konventionsmünzen leichteren Kronentaler spielten hierbei eine wesentliche Rolle. Dem Mangel an Kleingeld begegnete man mit unterwertigen Silbermünzen und später durch die Ausgabe von Banco-Zettel-Teilungsmünzen aus Kupfer.

Die Geldschöpfung nahm in den Jahren 1800 und 1806 nach der neuerlichen Ausgabe von Papiergeld gefährliche Ausmaße an. Die Kriegsentschädigungen, die Österreich im Frieden von Schönbrunn 1809 auferlegt wurden, heizten die Inflation weiter an. Breite Bevölkerungsschichten verarmten, hinzukam, dass viele Familien durch den Krieg ihre Ernährer verloren. Besonders dramatisch war die Situation in Tirol, hier hatten viele Bauern mit dem vermeintlich billigen Geld hohe Schulden auf ihre Höfe aufgenommen. Als die bayrischen Behörden nach der Besetzung des Landes das inflationäre österreichische Papiergeld verboten und die Schuldentilgung in bayrischen Münzen vorschrieben, standen viele Bauern vor dem Ruin. Neben religiösen und patriotischen Aspekten bildete dies 1809 einen weiteren wesentlichen Grund für den Tiroler Volksaufstand unter Andreas Hofer.

1810 überschritt der Banco-Zettel-Umlauf eine Milliarde Gulden. Im Dezember des Jahres verfügte die Regierung ein Moratorium für alle Zahlungsverpflichtungen in Münzgeld. Drei Monate später, am 20. Februar 1811 musste Österreich den Staatsbankrott erklären. Die Banco-Zettel und Banco-Zettel-Teilungsmünzen sollten im Verhältnis 1:5 in sogenannte „Einlösungsscheine“ der „Wiener Währung“ umgetauscht werden.

Der Geldverlust für die Bevölkerung betrug in all diesen Jahren der Papiergeldvermehrung und der nachfolgenden Sanierung insgesamt über 90 Prozent. Gleichzeitig kam es zu einer Umverteilung der Einkommen und zur Verschiebung von Vermögen ins Ausland.



Wiener Stadt-Banco-Zettel zu 500 Gulden, 1. Juni 1806.
OeNB, MS-KA00087.



30 Kreuzer Stadt-Banco-Zettel Teilungsmünze,
Kaiserreich Österreich, Franz I., Kremnitz 1807, Kupfer.
OeNB, NZ05067.

20 Kreuzer, Tirol, Andreas Hofer, Hall, 1809,
Silber, 6,58g. OeNB, AZ00151.

Wir Franz der Erste,
von Gottes Gnaden Kaiser zu Oesterreich; König zu Ungarn und Böhmen; Erzherzog zu Oesterreich, u. u.

Unausgesetzt mit der Wohlfahrt Unserer Unterthanen beschäftigt, haben Wir auf das Papiergeld (Bancozettel) Unsere besondere Aufmerksamkeit vorlängst gerichtet, Uns nicht allein in dem Patente vom 26. Jorung 1810 des Rechtes, solches zu vermehren, begeben, sondern auf die allmähliche Verminderung des bereits bestehenden Papiergeldes und die hierdurch mögliche Gleichstellung desselben zu dem Metallgelde, durch die in dem besagten Patente enthaltenen Maßregeln fürgedacht.

In dieser Gemäßheit haben Wir auch in den zwey Patenten vom 8. September v. J. den zehnten Theil sowohl von dem unbeweglichen als beweglichen Stammvermögen Unserer Unterthanen in Anspruch genommen. So schwer auch diese Maßregeln, bey welchen Wir jedoch die möglichste Schonung eintreten ließen, Unserem Vaterherzen gefallen sind, so wenig fanden Wir doch Unsere landesväterlichen Absichten hierdurch erreicht.

Durch eine Verkettung von Umständen, woran Wir keinen Theil tragen, verschlimmerten sich die Course, statt sich zu bessern, schwankte die Valuta des Papiergeldes immer mehr, änderte sich beynahe von einem Tage zum andern in eben so großen als unregelmäßigen Sprüngen, und sank durch einige Tage gegen das Metallgeld schon zu mehr als 1200.

Diesem über alles verderblichen, das Privateigenthum erschütternden, die Industrie hemmenden, alle gesellschaftlichen Verhältnisse störenden, Mißtrauen und Unmuth erregenden Schwanken Einhalt zu thun, Unsern Unterthanen, ungehindert des so tief erfolgten Sinkens der Bancozettel, einen im Vergleiche dieses Sinkens höheren Werth derselben zu sichern, hierdurch den Wohlstand Unserer Unterthanen aufrecht zu erhalten, und dem Sturze ihres Vermögens wirksam zu begegnen: ist der Gegenstand und das theuerste Augenmerk Unserer landesväterlichen Sorgfalt.

Wir hätten zwar gewünscht, durch eine allmähliche Verminderung des Papiergeldes das Gleichgewicht zwischen demselben und dem Metallgelde nach und nach herzustellen, und hierdurch die gewünschte Ordnung ohne Hemmung, und so viel nur immer möglich ohne Störung und Verrückung der Privatverhältnisse



Einlösungsschein zu 1 Gulden C.M., 1. März 1811.
OeNB, MS-KA00094.

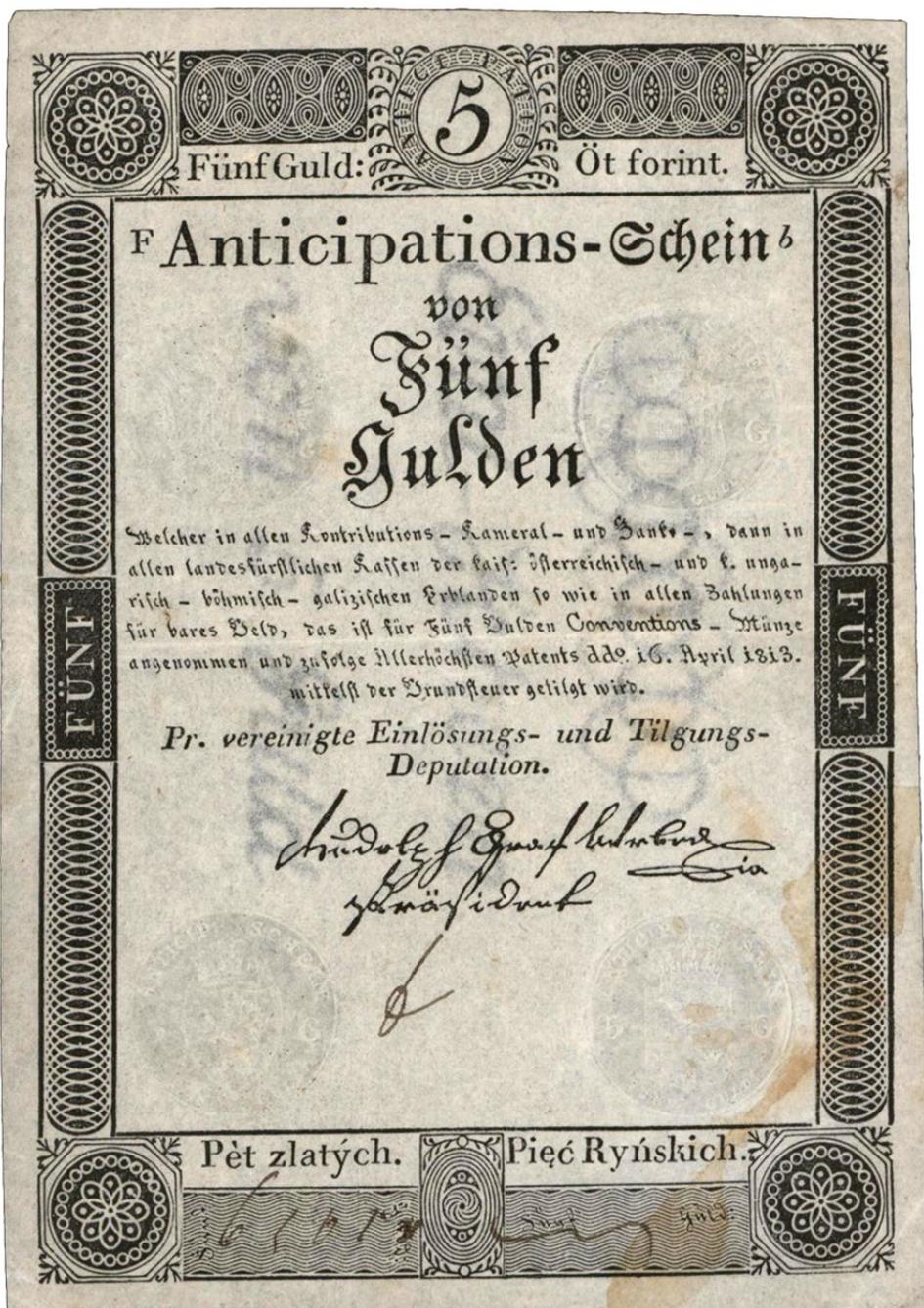
2.8.2 Anticipations-Scheine und Wiener Kongress

Insgesamt beliefen sich allein die Militärausgaben während der Franzosenkriege auf mehr als 2 Milliarden Gulden. Der finanzielle Aufwand für die Beteiligung am Russlandfeldzug Napoleons 1812 und an den Befreiungskriegen 1813 machte bald die neuerliche Ausgabe von Papiergeld notwendig.

Da man die „Einlösungsscheine“ der „Wiener Währung“ nicht weiter vermehren wollte, wurden von der Vereinigten Einlösungs- und Tilgungs-Deputation sogenannte „Antizipationsscheine“ ausgegeben. Diese sollten mittels der Grundsteuer getilgt werden. Allerdings stieg der Umlauf dieser Anticipations-Scheine zwischen 1813 und 1816 von geplanten 45 auf 470 Millionen Gulden.

Eine nachhaltige Sanierung wurde erst nach dem Frieden mit Frankreich möglich. Doch auch die Ausrichtung des Wiener Kongresses 1814/1815 verschlang noch einmal 8,5 Millionen Gulden, wobei sich das österreichische Staatsbudget zum Vergleich damals auf 117 Millionen Gulden belief.

Zwar brachte der Kongresstourismus schon damals über Umwegrentabilitäten eine kurzfristige Konjunkturbelebung besonders für das Wiener Gewerbe, diese brach aber 1816 rasch zusammen. Eine Reihe von Missernten, die anhaltende Teuerung und der Konkurrenzdruck durch billigere britische Importwaren nach Ende der napoleonischen Kontinentalsperre machten der Wirtschaft schwer zu schaffen. Die Neuordnung des zerrütteten Geldwesens wurde zu einer der dringendsten Aufgaben. Dementsprechend willkommen für die Währungsanierung waren die im Frieden von Paris vereinbarten französischen Kriegsentschädigungen in Höhe von 100 Millionen Francs (43,6 Millionen Gulden). Die beiden wichtigsten organisatorischen Schritte waren die Einrichtung der k.k. Kommerz-Hofkommission und die Gründung der privilegierten oesterreichischen Nationalbank 1816. Gleichzeitig kehrte Österreich 1816 zur Konventionswährung zurück. Münzen zu 20, 10, 5 und 3 Kreuzer in Silber sowie 1, $\frac{1}{2}$ und $\frac{1}{4}$ Kreuzer aus Kupfer kamen in Umlauf. Die Kupfermünzen wurden mit gleichbleibender Jahreszahl und unverändertem Münzbild bis 1851 weitergeprägt. In dieser Zeit wurden auch wieder vollwertige Gold- und Silbermünzen produziert und die Ausfuhr der beiden Edelmetalle neuerlich freigegeben.



Anticipationsschein zu 5 Gulden C.M., 16. April 1813.
OeNB, MS-KA00103.



Kreuzer, Franz I./II., Wien 1816 (bis 1851),
Kupfer 8,93 g, OeNB, NZ04933.

2.9 Die privilegierte oesterreichische National-Bank

2.9.1 Währungsstabilisierung in bewegter Zeit

Am 1. Juni 1816 wurde nach französischem und englischem Vorbild die privilegierte oesterreichische National-Bank gegründet. Als unabhängige Aktiengesellschaft organisiert, erhielt sie das Privileg der Banknotenausgabe. Ihre Aktien wurden zunächst an den Kassen der Bank gezeichnet und dienten neben der Kapitalbeschaffung zur Einziehung der „Wiener Währung“. Die Einlösung der Anticipations-Scheine begann mit 1. Juli 1816. Ab dem 26. Mai 1818 notierte die Bank als erste Aktiengesellschaft an der Wiener Börse und ab 1820 auch an der Frankfurter Börse. Lange Zeit blieb sie die einzige börsennotierte Aktiengesellschaft und erst die zunehmende Industrialisierung brachte einen regelrechten Aktienboom.

Die ersten von der Nationalbank ausgegebenen Banknoten lauteten auf Gulden Conventions-Münze und wurden mit den Nominalen [5, 10, 25, 50, 100, 500 und 1000 Gulden hergestellt](#).

Um das Vertrauen in die neuen Banknoten zu stärken, garantierte die Bank den jederzeitigen Umtausch in Silbermünzen. Die im Umlauf befindlichen Banknoten waren 1818 zu 74,6 % in Silber gedeckt. Bis 1831 fiel der Deckungsgrad auf 10,3 %. Dieser sehr markante Abfall der Deckung hing mit den Staatsfinanzen zusammen, die aufgrund diverser Krisenfälle immer wieder in Bedrängnis gerieten. Beim Auftreten eines solchen Krisenfalls wurde die Nationalbank seitens der Regierung gerne an ihre „patriotischen Pflichten“ erinnert und Vorschüsse von der Staatskasse eingefordert. 1820 waren das 20 Millionen, 1821 30 Millionen und 1831 immerhin 12 Millionen Gulden. Dennoch konnte die Geldvermehrung seitens der Bank einigermaßen in Grenzen gehalten werden.

Ab 1820 begannen die gesetzten Maßnahmen langsam zu greifen und ein wirtschaftlicher Aufschwung wurde spürbar. Mit dem Beginn des Eisenbahnzeitalters 1837 hielt die Industrielle Revolution in Österreich Einzug. Besonders der Großraum Wien profitierte, ein Drittel der alpenländischen und ein Achtel der cisleithanischen Industrie dieser Zeit entstand hier. Sozioökonomische Veränderungen setzten ein, die Zahl der lohnabhängigen Arbeiter stieg sprunghaft und führte zu einer Verlagerung der Landarbeit zur Industriearbeit.

Bis 1847 konnte die „Wiener Währung“ von der Nationalbank fast zur Gänze eingezogen werden. Nach der erfolgreichen Konsolidierung des Geldwesens brachte die Revolution von 1848 allerdings neuerliche Turbulenzen.



Aktie der Privilegirten Oesterreichischen Nationalbank, lautend auf Ludwig van Beethoven, 13. Juli 1819. OeNB, AW00098.

Der berühmteste Nationalbank-Aktionär war Ludwig van Beethoven. Nach intensiven Beratungen mit seinem Freund, dem Bankangestellten Franz Oliva, zeichnete Beethoven am 13. Juli 1819 acht Nationalbank-Aktien. Er investierte dabei die stattliche Summe von 4000 fl. in Silbermünze, was heute ca. 61.400 Euro entspräche.

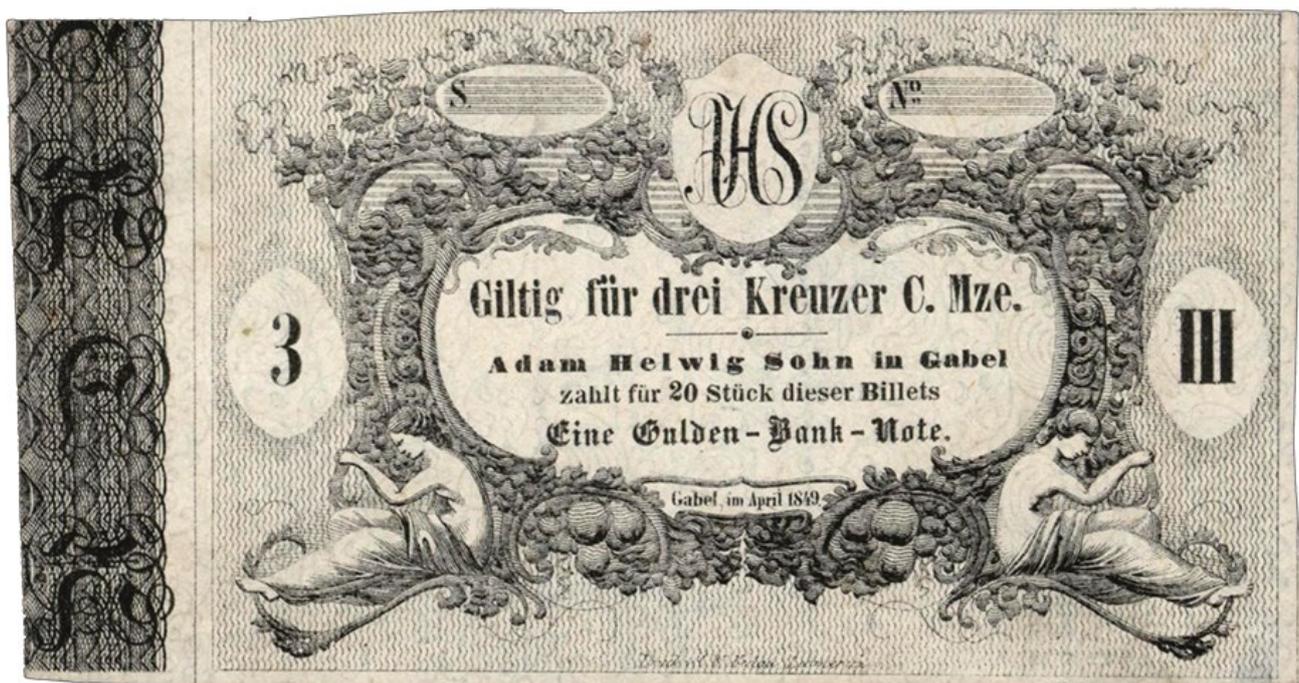


Banknote zu 25 Gulden C.M., 1. Juli 1816. OeNB, HB00001.

Mitte der 1840er-Jahre hatte die österreichische Wirtschaft wieder zu stagnieren begonnen, eine allgemeine Teuerung und steigende Arbeitslosigkeit machten sich bemerkbar. Gemeinsam mit den Forderungen des Bürgertums nach politischer Mitbestimmung bildete dies den Boden für die Revolution 1848/49.

Der Staat deckte die Kosten für die Niederschlagung der Revolution sowie der Unabhängigkeitsbestrebungen in Ungarn und Italien bzw. der Feldzüge gegen Sardinien-Piemont durch die Emission von Papiergeld. Es kam zu einer starken Ausdehnung der Geldmenge. Im Gegensatz zum ersten Paragraphen des Bankpatentes der Nationalbank wurde im Mai die Einlösbarkeit der Banknoten in Silber aufgehoben und Papiergeld zum gesetzlichen Zahlungsmittel mit Annahmepflicht verfügt.

Gemeinden und Private behelfen sich angesichts des Kleingeldmangels mit der Ausgabe von Notgeld. Wertzeichen aus Messing, Blei, Zinn, Kupfer, aber auch aus Glas, Leder, Holz und Pappe waren im Umlauf. Mit einem Verbot der Annahme solchen Privatgeldes und der Ausgabe ausreichender Mengen an Scheidemünzen gelang es dem Hofkammerpräsidenten⁴ Karl Friedrich von Kübeck, noch vor Ende des Jahres 1848 die Kontrolle über das Geldwesen wieder zurück-zugewinnen.



Notgeldschein 1848.OeNB.

4 Die Allgemeine Hofkammer war für Finanzen, Handel, Wirtschaft, Bergbau und Verkehr des Habsburgerreiches zuständig. Im Zuge der Staatsreformen ging 1848 aus der Hofkammer das k. k. Finanzministerium hervor.

Nr. 4587.

Circulare

des k. k. illyr. Guberniums,
über das Verbot der Anwendung
ungarischer Banknoten im
Verkehre.

Mit Rücksicht auf den §. 14 der Statuten der österreichischen Nationalbank vom 1. Juli 1841, zu Folge dessen diese Bank während der Dauer des ihr allergnädigst verliehenen Privilegiums in dem ganzen Umfange der österreichischen Monarchie das ausschließende Recht besitzt, Banknoten auszufertigen und auszugeben, wird in Folge Beschlusses des Minister-rathes erklärt, daß die von der ungarischen Rebellen-Regierung in Umlauf gesetzten Banknoten im Verkehre eben so wenig wie bei den öffentlichen Cassen angenommen werden dürfen, daß jeder Umsatz derselben und deren Anwendung zu Zahlungen untersagt ist, und daß, so ferne solche Banknoten in dem Verkehre betreten werden, dieselben den Inhabern abzunehmen und an die nächste landesfürstliche Cassé abzuliefern sind, welche sie an die Staats-Central-Cassé zur Unbrauchbarmachung einzusenden hat.

Welches zu Folge Auftrages des hohen Finanz-Ministeriums vom 24. Februar 1849 Zahl 2281 allgemein bekannt gemacht wird.

Laibach am 1. März 1849.

Leopold Graf v. Wels-
fersheimb,

Landes-Gouverneur.

Razglas

c. k. ilirskiga poglavárstva,
zastran prepovedi ogerskih ban-
kovecov.

S poglédam na §. 14 státút avstrianske narodne banke od 1. Maliga serpana 1841, po katerim ima ta banka, dokler ni podeljeno narviksi pooblastenje terpi, v vsih cesarskih deželah le ona sama pravico bankovce narejati in izdajati, se po sklepu ministerstva na znanje da, de se bankovci, ktere je ogersko puntarsko vladarstvo med ljudstvo razdala, ne sicer v življenju in ne v očitnih kasah prejémati ne smejo, de je prepovedano, jih razdajati in z njimi plačevati, in de se imajo, ako se taki bankovci kje najdejo, posestnikam odvzeti in bližnji cesarski kasi odrajtati, ktera jih ima deržavni centralni kasi v vkončavje poslati.

To se da po ukazu visociga denarstviniga ministerstva od 24. Svečana 1849 št. 2281 sploh na znanje.

V Ljubljani 1. Sušca 1849.

Leopold grof Welsers-
heimb,

deželni poglavár.

2.9.2 Die Frühzeit des Banknotendrucks

Von Beginn an achtete die Nationalbank auf die bestmögliche Sicherheitsausstattung ihrer Banknoten. 1816 bedeutete das, dass alle Banknoten mit einem wellenförmigen Wasserzeichen, einer Trockenstampiglie versehen, einer handgeschriebenen Nummer sowie der Handparaphierung zweier Bankbeamten versehen wurden. Besonders hervorzuheben sind die Guillochen, die erstmals als Schutzelement auf europäischen Banknoten zum Einsatz kamen. Es handelt sich dabei um präzise maschinell gefertigte Linienmuster. Erfinder des sogenannten „Guillochiergerätes“ war Jakob Degen (1760-1848), der zwischen 1825 und 1841 die mechanischen Werkstätten der Nationalbank leitete.

Eine wesentliche schutztechnische Verbesserung brachte Anfang der 1840er Jahre die Einführung des Stahlstichverfahrens, auf dem der spätere Stichtiefdruck basiert. Die Nationalbank importierte dieses aufwendige, damals als fälschungssicher geltende Verfahren aus England. Im November 1839 hatte man mit John Oldham einen Vertrag über die Lieferung von Druckmaschinen zum Preis von 5.000 Pfund geschlossen. Mit dem neuen Verfahren konnten feine, malerisch gestaltete Bildmotive bei gleichbleibender Qualität produziert werden. Die Entwürfe für die ersten mit diesem Verfahren hergestellten Banknoten stammen vom bekannten Wiener Biedermeiermaler Peter Fendi.

Doch selbst dieses aufwendige Verfahren fand in Gestalt des genialen Fälschers Peter Ritter von Bohr bald seinen Meister. Bohrs Fälschungen waren von so hoher Güte, dass das Auftauchen der ersten Stücke von der Notenbank mit strengster Geheimhaltung behandelt und sogar falsche Scheine eingelöst wurden, um Verunsicherungen zu verhindern. Vor seiner „Fälscherkarriere“ war Bohr Mitbegründer der Ersten österreichischen Spar-Casse und der Donaudampfschiffahrtsgesellschaft gewesen, auch verfügte er über exzellente Beziehungen zum Kaiserhof. Bohr wurde entdeckt, und zum Tod verurteilt, vom Kaiser aber zu einer mehrjährigen Haft begnadigt. Er starb aber bereits zwei Jahre nach seiner Inhaftierung im Gefängnis. Die Nationalbank arbeitete indessen an einer ständigen Verbesserung und Weiterentwicklung ihrer Geldscheine.



Entwurf für eine Banknote zu 5 Gulden (nicht realisiert), Peter Fendi, 1839. OeNB, ZE00017.



Originalnote (oben) und Bohr Fälschung (unten) im Vergleich.

3 Modernes Geldwesen

3.1 Das Geld der Gründerzeit

3.1.1 Der Wiener Münzvertrag

Österreich hielt vorerst an seiner Konventionswährung fest, da sich die Wiederherstellung monetärer Stabilität nach den Ereignissen 1848/49 als schwierig erwies. Neuerliche Militärausgaben belasteten die Staatsfinanzen. Österreich blieb zwar im Krimkrieg (1853-1856) nominell neutral, stationierte aber 300.000 Soldaten an der russischen Grenze und besetzte die Donaufürstentümer. Auch der Krieg mit Sardinien-Piemont 1859, der nach der Niederlage von Solferino zum Verlust der reichen Lombardei führte, vereitelte eine Konsolidierung des Staatsbudgets. Gleichzeitig beeinflusste die Entwicklung auf den internationalen Edelmetallmärkten die Geld- und Währungspolitik. Wegen des hohen Silberagios kam es zu einem großen Abfluss an europäischen Silbermünzen, vornehmlich nach Ostasien und Übersee. Zugleich hätte die Erschließung großer Goldvorkommen in Kalifornien und Australien den Wechsel zur Goldwährung nahegelegt, wozu es aber vorerst nicht kam.

Nach den Wirren des Revolutionsjahres fasste der Einheitsgedanke in Deutschland auch auf wirtschaftlichem Gebiet Fuß. Am 1. Jänner 1834 war der Deutsche Zollverein als Zusammenschluss von Staaten des Deutschen Bundes für den Bereich der Zoll- und Handelspolitik in Kraft getreten. Sein Ziel war ein wirtschaftlicher Binnenmarkt mit einheitlichen fiskalisch-ökonomischen Rahmenbedingungen. Die Zollvereinsstaaten nahmen mit dem Münchner Vertrag 1837 und dem Dresdner Münzvertrag 1838 die Vereinheitlichung ihrer Währungssysteme in Angriff. Eine in allen Teilnehmerstaaten gültige „Vereinsmünze“ zu 2 Talern (preußisch) = 3 ½ Gulden (süddeutsch) entstand.

Der österreichisch-preußische Zollvertrag von 1853, der den Beitritt Österreichs zum Deutschen Zollverein bedeutete, brachte die weitere Vereinheitlichung des deutschen Münzwesens wieder auf den Verhandlungstisch. Nach zähen Verhandlungen einigte man sich 1856 im Wiener Münzvertrag schließlich auf die Einführung einheitlicher Standards. Bis zum 24. Jänner 1857 wurde der Vertrag von der Mehrheit der Zollvereinsstaaten ratifiziert. Nur einige norddeutsche Gebiete schlossen sich nicht an. Im Wesentlichen sah der Vertrag die Schaffung von einfachen und doppelten Vereinstalern in Silber (30-Taler-Fuß) sowie der Vereinskrone als goldener Handelsmünze vor. Dies gab Anlass zu Kritik, da die Chance zur Umstellung auf eine Goldwährung vertan wurde. Als Grundeinheit ersetzte das metrische Zollpfund zu 500 g die Kölner Mark.

Vertragsgemäß begann Österreich in Wien, Kremnitz, Karlsburg, Mailand und Venedig und damit in allen seinen noch aktiven Münzstätten mit der Herstellung von Vereinsmünzen. Die österreichischen Vereinsmünzen flossen aber praktisch zur Gänze über den Außenhandel nach Deutschland ab. Insgesamt prägte Österreich zwischen 1857 und 1867 nur 31 Millionen Vereinstaler.



Vereinskroner, Franz Joseph I., Wien, 1858, Gold 11,10 g.
OeNB, NZ06614.



Vereinstaler, Franz Joseph I., Wien 1857, Silber, 18,51 g.
OeNB, NZ06631.



Vereinstaler, Fürstentum Liechtenstein, Johann II., Wien, 1862, Silber 18,51 g.
OeNB, NZ08743.

3.1.2 Gulden Österreichischer Währung

Im Inland deutlich wichtiger war eine andere währungspolitische Maßnahme die aus dem Wiener Münzvertrag resultierte. Neben Vereinsmünzen durften die Länder auch weiterhin eigene Landeswährungen besitzen, diese mussten einem der drei anerkannten Münzfüße 30 Taler-Fuß, 45 Gulden-Fuß (österreichisch) oder 52 ½ Gulden-Fuß (süddeutsch) entsprechen und eine Dezimaleinteilung aufweisen.

Österreich führte diesen Vorgaben folgend im Herbst 1857 die Österreichische Währung (ö.W.) ein. Statt bisher 60 Kreuzer galt ein Gulden nun 100 Neukreuzer. Die offizielle Bezeichnung Neukreuzer sollte der Unterscheidung zu den Kreuzern der Konventionswährung dienen, kam aber nie wirklich in Gebrauch, da sie auch nie auf den Münzen aufschien. Etwas kurios war auch die kleinste Nominalbezeichnung mit 5/10 Kreuzer, die ebenfalls der Unterscheidung von den alten ½ Kreuzern dienen sollte, aber bald wieder verschwand. Die Konventionswährung wurde zu einem Kurs von 1 Gulden C.M. zu 1,05 Gulden ö.W. umgerechnet.

Das Papiergeld wurde vom Vertrag nicht berührt und blieb den Regelungen der einzelnen Länder überlassen. Dieses war aber seit der Aufhebung der Einlösungspflicht der Banknoten in Silbermünze 1848 gesetzliches Zahlungsmittel. Neben dem silbernen Gulden „Österreichischer Währung“ existierte der „Papiergulden“ als eine Art zweite Währung, deren Wechselkurs zum Silbergeld ein Disagio aufwies. Bemühungen um eine Eliminierung des Silberagios, die einer Entwertung der Banknoten gleichkamen, blieben wegen des anhaltend hohen staatlichen Finanzbedarfs erfolglos. Anfang der 1860er-Jahre war das Agio des Silbergeldes zum Papiergeld auf mehr als 40 Prozent angewachsen. In dieser Situation entschloss sich die Regierung 1862, durch ein neues Notenbankstatut – nach dem Finanzminister als „Plenersche Bankakte“ benannt – die Ausgabe von Papiergeld an die Höhe der Währungsreserven zu binden. Dadurch konnte das Silberagio zwar verringert werden, die Verknappung der Geldmenge drückte aber andererseits auf die Wirtschaft.

Neu ausgeprägte Münzen in Oesterreichischer Währung.

Landes	Goldmünze.	Scheidemünze in Silber	In Kupfer	Verein-Münze
2 Guldenst.	Krone 13 fl. 6 kr.	10 Neukreuzer	3 Neukreuzer	2 Vereinsthaler 3 fl.
1 Guldenst.	2 kr. 1/2 Krone 6 . 33	5 Neukreuzer	1 Neukreuzer	1 Vereinsthaler 1 1/2 fl.
1/4 Guldenstück	5 .		1/2 Neukreuzer	

Von 1. November 1858 Wasser Umlauf gesetzte Münzen.

Silbermünzen	Stücke zu	Kupf. Münzen	Stücke zu	Zloty	polnischer Gulden
30 Kreuzerstücke	6 kr. W. W.	1/2 kr. W. W.	1/2 kr. W. W.	1 Groszy	1/2 Groschen
17 Kreuzerstücke	3 " W.	3/4 kr. C. M.	3/4 kr. C. M.	5 Groszy	1/2 Groschen
15 Kreuzerstücke	2 " "	1/4 kr. C. M.	1/4 kr. C. M.		
7 Kreuzerstücke	1 " "				

	fl. Conv. Mze.	fl. Oesterr. Wahr.	kr. Oesterr. Wahr.	Ö. W. kr.
90	21	—	52 1/2	30
19	19	95	50 3/4	29
18	18	90	49	28
17	17	85	47 1/4	27
16	16	80	45 1/2	26
15	15	75	43 3/4	25
14	14	70	42	24
13	13	65	40 1/4	23
12	12	60	38 1/2	22
11	11	55	36 3/4	21
10	10	50	35	20
9	9	45	33 1/4	19
8	8	40	31 1/2	18
7	7	35	29 3/4	17
6	6	30	28	16
5	5	25	26 1/4	15
4	4	20	24 1/2	14
3	3	15	22 3/4	13
2	2	10	21	12
1	1	05	19 1/4	11
			18 1/4	10
			17 1/2	9
			15 3/4	8
			14	7
			12 1/4	6
			10 1/2	5
			8 3/4	4
			7	3
			5 1/4	2
			3 1/2	1

Münzrechenschieber für Offiziere „Patent W. Kraft“, um 1858. OeNB, MG00011. Diente zur Umrechnung von Gulden C.M. zu Gulden ö.W. und zeigte auch das Silberagio gegenüber dem Kupferkreuzer.



Entwurf für eine Banknote zu 5 Gulden, Ferdinand Julius Laufberger, 1865, nicht realisiert. OeNB, ZE00081.

3.1.3 1866 - ein kurzer Krieg und seine Folgen

Abgesehen von der wirtschaftlich-monetären Annäherung durch den Zollverein verschärfte sich der politische Konflikt zwischen Österreich und Preußen um die Vormachtstellung in Deutschland jedoch zusehends. 1866 gipfelte dieses Ringen im Deutschen Krieg.

Die privilegierte österreichische Nationalbank wurde direkt in diese Entwicklungen involviert. Das wirtschaftlich schlecht dastehende Kaiserreich konnte weder am Kapitalmarkt noch über Steuererhöhungen ausreichend Mittel für den Krieg gegen Preußen beschaffen, weshalb die Notenbank einspringen musste. Das Bankprivileg hatte der Nationalbank das Monopol zur Ausgabe von Banknoten ab einem Nennwert von 10 Gulden zugestanden. Niedrigere Nominale unterlagen einem gesonderten Übereinkommen, das nun ausgehebelt wurde. Die Nationalbank musste unter Verweis auf ihre patriotische Pflicht dem Druck der Regierung nachgeben und der Umwandlung der Banknoten zu 1 und 5 Gulden mit einem Wert von 112 Millionen Gulden in Staatsnoten zustimmen. Diese konnten nur noch bei staatlichen Kassen gegen Münzen eingelöst werden, blieben aber weiter als Zahlungsmittel im Umlauf. Die Nationalbank ersetzte diesen Betrag in der Folge durch Noten zu 10, 100 und 1000 Gulden, womit die Umlaufmenge bei den Banknoten formell unverändert blieb, die Geldmenge aber letztlich dennoch stieg. Um die Kriegskosten zu decken sah sich die Finanzverwaltung nach der Niederlage zu weiteren Emissionen von Staatsnoten zu 1, 5 und 50 Gulden gezwungen. Die letzten Staatsnoten wurden erst 1905 wieder eingezogen.

Als die preußische Armee in Folge der verheerenden österreichischen Niederlage bei Königgrätz durch Böhmen Richtung Wien vorzustößen drohte, wurden die Silberreserven der privilegierten österreichischen Nationalbank unter militärischer Bedeckung per Schiff nach Ungarn evakuiert. Auf Betreiben des Reichskanzlers Bismarck, der Österreich als potentiellen zukünftigen Bündnispartner erhalten wollte, wurde die preußische Offensive eingestellt und ein relativ gemäßigter Friede geschlossen. Österreich musste Venetien und damit seine letzte italienische Münzstätte Venedig an das mit Preußen verbündete Italien abtreten. Außerdem forderte Preußen Reparationen in Höhe von 20 Millionen Talern. Der Deutsche Bund erlosch und Österreich schied aus dem Zollverein und damit dem Münzverein aus. Da keine Regelungen für diesen Fall existierten, kam es zu dem seltsamen Fall, dass die in Deutschland zirkulierenden österreichischen Vereinsmünzen außerhalb des Habsburgerreichs gesetzliche Zahlungsmittel blieben.

Innenpolitisch resultierte aus der österreichischen Niederlage der staatsrechtliche Ausgleich von 1867 und damit die Entstehung der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn. Ungarn erhielt weitreichende Autonomie, was aber die Nationalitätenkonflikte innerhalb der Donaumonarchie verstärkte. Die Auswirkungen auf das Geldwesen betrafen zunächst primär die Gestaltung der Zahlungsmittel. So erfolgte in Ungarn die Umstellung von lateinischen auf ungarische Münzlegenden. Außerdem wurde der Doppeladler auf der Rückseite wieder durch das ungarische Wappen bzw. die Stephanskronen ersetzt.



Staatsnote zu 5 Gulden, k.u.k. Reichs-Central-Casse. Ausgabe: 01.10.1881, Einziehung: 28.02.1903.
OeNB, MS-KA00320.



Gulden, Franz Joseph I., Kremnitz 1869, Silber, 12,30 g
OeNB, NZ06337.
Mit ungarischer Aufschrift und ungarischem Wappen.



Gulden, Franz Joseph I., Wien, 1869, Silber 12,27 g.
OeNB, NZ06153.
Mit lateinischer Aufschrift und österreichischem Wappen.

3.1.4 Lateinische Münzunion

Nach seinem Austritt aus dem Münzverein 1867 orientierte sich Österreich-Ungarn stärker an der Lateinischen Münzunion. Auf Betreiben Napoleons III. hatten sich Frankreich, Belgien, die Schweiz und Italien 1865 in der „Lateinischen Münzunion“ (offiziell Union monétaire latine) zu einer Währungsunion zusammengeschlossen. Im Jahr 1869 trat auch noch Griechenland als Vollmitglied bei. Faktisch bestand der Währungsverbund bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs.

Während und nach dem Krieg löste sich die Union langsam auf, ehe sie mit 31. Dezember 1926 endgültig aufgehoben wurde. Das Ziel der Lateinischen Münzunion war die Schaffung einer Weltwährung auf Basis des Franc bzw. Franken. Die Vertragsstaaten prägten Münzen nach einheitlichem Münzfuß, die im gesamten Vertragsgebiet umlauffähig waren. Eine Reihe von Ländern, darunter auch einige südamerikanische Staaten, richteten ihre Münzprägung ebenfalls nach den Vorgaben der Union, ohne ihr aber beizutreten. Selbst die USA überlegten kurzfristig einen Beitritt, kamen mit der Idee aber nicht über Probeprägungen hinaus.

Auch Österreich-Ungarn bemühte sich um eine Mitgliedschaft in der Münzunion und schloss einen Präliminarvertrag mit Frankreich. Der für 1870 geplante Übergang kam aber wegen der nach wie vor ungeordneten österreichischen Währungsverhältnisse nicht zustande. Allerdings begann die Donaumonarchie mit der Prägung von Goldmünzen nach dem Frankenmünzfuß. Die Ausprägung von Goldmünzen zu 8 und 4 Gulden, die 20 und 10 Francs entsprachen, war ein erster allerdings etwas halbherziger Schritt in Richtung Goldwährung.

Schwachpunkte dieser Währungsunion waren die mangelnde Berücksichtigung der Wertschwankungen des Silbers und der wachsenden Bedeutung des Papiergeldes.



4 Gulden = 10 Francs, Franz Joseph I., Karlsburg, 1870, Gold, 3,06 g.
OeNB, NZ06455.



4 Dollar „Stella“, USA, Philadelphia 1879, Gold.
OeNB, PT00001.

3.1.5 Gründerboom und Börsekrach

Wirtschaftlich erlebte Österreich getragen von privatem Kapital einen erstaunlichen Höhenflug. Die Gründerzeit erreichte zwischen 1867 und 1873 ihren ersten Höhepunkt, der sich in den ersten historistischen Bauten entlang der Wiener Ringstraße manifestierte. Im Sinne des Liberalismus setzte man auf ungebremsstes Wachstum verbunden mit einer großen Fortschrittseuphorie. Eine Vielzahl von Banken wurde gegründet, um dem durch unzählige Fabriksgründungen steigenden Kapitalbedarf decken zu können. Aktiengesellschaften erlebten einen wahren Boom.

Auf der Weltausstellung 1873 wollte sich Österreich als fortschrittliches Land mit starker Wirtschaft präsentieren und scheute dafür keine Kosten. Übertrieben positive Presseberichte nährten den ohnehin schon vorherrschenden Optimismus. Unmittelbar vor der Weltausstellung stiegen die Immobilienpreise und Aktienkurse in astronomische Höhen. Besonders deutsches Kapital floss in großen Mengen nach Österreich, aber auch viele Kleinstanleger investierten in der Hoffnung auf rasche Spekulationsgewinne an den Börsen.

Die Spekulationsblase begann zu platzen als die Franko-Ungarische Bank, die noch zwei Wochen zuvor eine Überdividende von 12,5 % versprochen hatte, Nachzahlungen einforderte. Dies löste eine Vertrauenskrise aus, die eine Woche nach Eröffnung der Weltausstellung, am Freitag den 9. Mai, im Wiener Börsekrach kulminierte. Allein am „Schwarzen Freitag“ war die Rekordzahl von 120 Insolvenzen an einem einzigen Tag zu verzeichnen. Nach dramatischen Kursverlusten wurde um 13 Uhr die Börse polizeilich geschlossen. In der Folge verschwanden viele der in den Jahren zuvor gegründeten Banken und Aktiengesellschaften wieder. Die österreichische Gründerkrise löste eine Kettenreaktion aus, die sich bis in die USA fortpflanzte und eine weltweite wirtschaftliche Stagnation auslöste, die bis Ende der 1890er Jahre nachwirkte.

Genau in diese wirtschaftlich turbulente Zeit fiel ein markanter Schnittpunkt in der Geschichte der Notenbank. Der Ausgleich mit Ungarn 1867 hatte langwierige Verhandlungen über eine gemeinsame Notenbank in Gang gebracht. Diese mündeten 1878 in der Errichtung der Oesterreichisch-ungarischen Bank mit ihren Hauptinstituten in Wien und Budapest. Die von der Oesterreichisch-ungarischen Bank ab 1881 ausgegebenen Banknoten trugen der neuen politischen Situation, mit einer deutschen und einer ungarischen Seite, ebenfalls Rechnung. Die Notenbank expandierte in der Folge rasch und verfügte bereits 1890 über 50 Filialen und 128 Dienststellen in der gesamten Monarchie.



Cassa-Schein zu 1000 Gulden ö.W., Wiener Wechslerbank, 27.03.1873. OeNB, AW0308.

Die Wiener Wechslerbank war eine der vielen um 1870 neugegründeten Banken. Sie wurde per Dekret des k. k. Ministeriums des Innern am 29.7.1869 konzessioniert. Auch ihr Aktienkurs fiel 1873 von 285 Gulden im April auf 12 Gulden Ende Juli dramatisch.



Tragemedaille zur Wiener Weltausstellung 1873, unsigniert, Zinn 5,94 g. OeNB, MED01918.



100 Gulden ö.W. 1880, Ausgabe 31. Oktober 1881, Vorderseite ungarisch. OeNB, HB00226.



100 Gulden ö.W. 1880, Ausgabe 31. Oktober 1881, Vorderseite deutsch. OeNB, HB00226



Dankschreiben der Bankangestellten an den Generalsekretär der Oesterreichisch-ungarischen Bank Emil von Mecenseffy zum 40. Dienstjubiläum, 1898. OeNB, ARC00291.

3.1.6 Kronenwährung

Wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung des österreichischen Münz- und Wahrungswesens im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts hatten die Schwankungen der Gold-Silber-Relation. Seit der Mitte des Jahrhunderts war ein anhaltender Wertverlust des Silbers gegenüber Gold zu beobachten. Obwohl die Formermengen für Silber stiegen, brachen die Silberexporte nach Asien, die wenige Jahre zuvor noch Probleme bei der Münzprägung verursacht hatten ein. Dieser Abwärtstrend wurde durch den Übergang Deutschlands und der skandinavischen Staaten zur Goldwährung Anfang der 70er-Jahre beschleunigt. In Österreich führte dies ab 1872 zu einer Verringerung des Agios des Silbergeldes gegenüber dem Papiergeld, bis es sich 1878 in ein – ständig wachsendes – Disagio verwandelte. Damit verlor das Silbergeld seine Eigenschaft als Wahrungsgrundlage. Das Papiergeld wurde zum Wahrungstrager, dem Silber kam nun die Rolle der metallischen Deckung der Banknoten zu.

Ende der 70er-Jahre des 19. Jahrhunderts waren fast alle europäischen Staaten und die USA auf Goldwährung übergegangen. Den internationalen Trends folgend gab Österreich-Ungarn am 2. August 1892 seine bisherige Silberwahrung auf und führte zum 11. August die Krone als Goldwährung ein. Der Gulden „österreichischer Währung“ entsprach 2 Kronen, 1 Krone wurde in 100 Heller unterteilt. Als Munzgrundgewicht diente nun das Kilogramm mit einer Dezimaleinteilung. Der Münzfuß wurde mit 3280 Goldkronen pro Kilogramm bei einem Feingehalt von 900/1000 festgelegt. Tatsächlich geprägt wurden Goldstücke zu 20 und 10 Kronen, Silbermünzen zu 1 Krone, 10 und 20 Heller in Nickel, sowie 1 und 2 Heller in Bronze. Später folgten noch Silbermünzen zu 2 und 5 Kronen und 1907 auch Goldstücke zu 100 Kronen. Nach Maßgabe freier Produktionskapazitäten und gegen Entrichtung einer Gebühr für die Pragekosten konnten Privatpersonen in den staatlichen Münzstätten aus eigenem Gold 20 Kronen-Stücke prägen lassen.



20 Kronen, Franz Joseph I. (1848-1916), Kremnitz 1892,
Gold 6,75 g. OeNB, NZ06828.



Krone, Franz Joseph I., Wien, 1892, Silber 4,81 g.
OeNB, NZ06732.



Heller, Franz Joseph I., Wien, 1892, Bronze.
OeNB, NZ06803.

Gustav Klimt und sein Partner Franz Matsch sollten die ersten Geldscheine für die neue Währung entwerfen. Allerdings orientierten sie sich zu sehr an den Staatsnoten und besonders die beiden Klimtentwürfe waren für den Geschmack der Bankleitung bereits zu modern. Mit der Gestaltung wurde schließlich Rudolf Rössler beauftragt dessen ausgeprägt historistischer Stil offensichtlich mehr entsprach. Die Umstellung auf die neue Währung erfolgte allerdings nur schrittweise und sehr langsam. Ab dem 1. Jänner 1900 sollte die Krone das alleinige gesetzliche Zahlungsmittel der Donaumonarchie sein. Trotz dieser langen Umstellungszeit gab es aber zum Stichtag noch immer keine neuen Banknoten, was zu Problemen im täglichen Geldverkehr und zu vielen kritischen Pressemeldungen führte. Erst am 20. September 1900 gelangten die von Rössler entworfenen 20 Kronen-Scheine als erste Banknoten der neuen Währung in Umlauf. Diese wurden aufgrund ihrer überkommenen Gestaltung vor allem von moderneren Künstlern öffentlich massiv kritisiert. Modernere Kunstströmungen fanden erst mit der von Kolo Moser entworfenen [100 Kronen Banknote von 1910](#) Eingang in das Banknotendesign. Allerdings mussten diese Geldscheine aufgrund sehr vieler und zum Teil erstaunlich guter Fälschungen bereits 1912 durch neue Banknoten ersetzt werden.



Entwurf für eine Staatsnote zu 50 Gulden, 1892, Gustav Klimt. OeNB, ZE00181.



Entwurf für eine Banknote zu 10 Kronen 1900, Rudolf Rössler.
OeNB, ZE00221.



Originalstich (Stahlstich-Druckplatte) des Idealkopfes für die Banknote zu 100 Kronen 1910, nach Entwurf von Koloman Moser, gestochen von Ferdinand Schimböck. OeNB, DP0181.

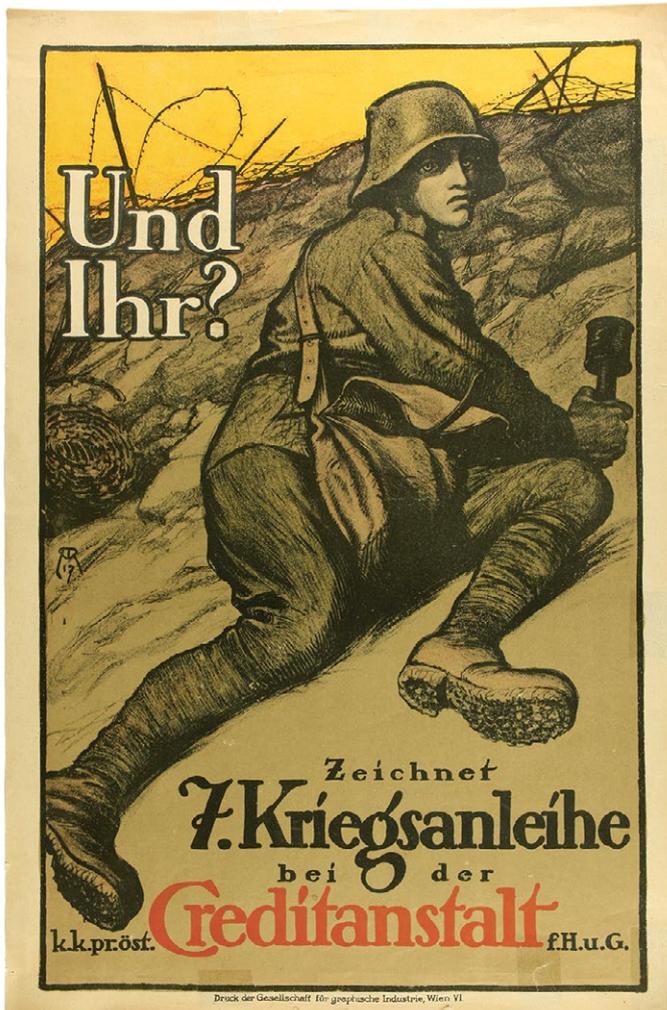
3.1.7 Kriegswirtschaft im Ersten Weltkrieg

Münzgeld wurde während des Krieges langsam knapp, da die Metalle zum Teil in die Kriegsproduktion umgeleitet wurden. Zuerst verschwanden die Silber- und Goldmünzen aus dem Verkehr, zuletzt auch die Scheidemünzen aus Kupfer und Nickel. An ihre Stelle traten unter Kaiser Karl I. (1916-1918) Hellermünzen aus Eisen. Eine drastische, aus der Not geborene Form der Herstellung kleinerer Geldwerte war die Halbierung oder Viertelung von Kronenscheinen. Ende November 1918 hatte sich der Kleingeldmangel so zugespitzt, dass sogar das Finanzministerium öffentlichen Körperschaften und Institutionen die Empfehlung gab, in Eigenregie „Geldersatzzeichen“ auszugeben.

Mit dem Ersten Weltkrieg begann der Verfall der Kronenwährung. Die Finanzierung des Krieges erfolgte nur zu einem geringen Teil durch Steuern. Der Großteil der auf 80-90 Milliarden Kronen geschätzten Kriegsausgaben wurde durch Kriegsanleihen und zu zwei Fünftel (25 Milliarden) durch Kredite der Notenbank aufgebracht. Letzteres wurde durch eine Suspendierung der Bankakte mittels einer kaiserlichen Notverordnung im Zuge der allgemeinen Mobilmachung ermöglicht. Der Banknotenumlauf musste nun nicht mehr zu 40 % in Edelmetall gedeckt sein. Auch wurde die Notenbank von der Verpflichtung entbunden, bei ihrer Devisen- und Valutenpolitik auf die Vollwertigkeit der Währung zu achten.

Der Papiergeldumlauf stieg während des Krieges von 3,4 auf 42,6 Milliarden Kronen an, gleichzeitig fiel die Golddeckung der Krone von 74,6 % auf 0,9 %. Bis 1915 hatte es, hervorgerufen durch die Kriegsrüstungen, eine Scheinkonjunktur gegeben. Nach der Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf die Erfordernisse des Krieges machten sich ein wachsender Gütermangel und immer deutlichere volkswirtschaftliche Lähmungserscheinungen bemerkbar. Die Verbraucherpreise erhöhten sich während des Krieges um etwa das Sechzehnfache. Das Ausmaß der Inflation war in Österreich höher als in anderen Krieg führenden Staaten. Die Gründe dafür lagen in der uneingeschränkten Zuhilfenahme der Notenpresse und dem Fehlen strenger Preisregelungen. Allerdings machte sich der Verfall der Krone in den Wechselkursen weniger deutlich bemerkbar als in den steigenden Preisen im Inland. Während es einige Kriegsgewinner gab, die enorme Gewinne einfuhren, lag der durchschnittliche Realeinkommensverlust bei ca. 50 Prozent.

Unter Kaiser Karl I. (1916-1918) kam es 1918 noch zur Produktion einer neuen 20 Kronen-Münze mit seinem Porträt. Nach Kriegsende ließ die neu gegründete Republik die gesamte Auflage dieser Goldmünzen bis auf ein Stück einschmelzen, dieses befindet sich heute im Kunsthistorischen Museum.



Plakat zur 7. Kriegsanleihe 1917, k. k. priv. österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe, Entwurf: Alfred Roller (1864-1935), Druck: Gesellschaft für graphische Industrie, Wien. OeNB, PS00001.



Plakat „Bauer hilf, die Städte hungern!“, um 1918. OeNB, PS0325

3.2 Zwischen Kaiserkrone und Hakenkreuz

3.2.1 Ein schwieriges Erbe

Nach dem Krieg befand sich die Republik Österreich, der „Rest“ der ehemaligen Monarchie, in einer währungspolitisch prekären Lage. Anfängliche Hoffnungen, die Krone könnte in einem gemeinsamen Währungsverband mit den Nachfolgestaaten gehalten werden, verflüchtigten sich rasch. In der Übergangszeit bis zum Aufbau eigener Währungen, kennzeichneten die Nachfolgestaaten der Donaumonarchie die in ihren Gebieten zirkulierenden Kronen-Banknoten durch Aufdrucke, Abstempelungen und Klebmarken. Als Erstes begann Jugoslawien im Jänner 1919 mit der Abstempelung von Banknoten, Ende Februar folgte die Tschechoslowakei. Österreich reagierte, um ein unkontrolliertes Zurückfluten der Geldscheine zu verhindern, mit Abstempelungen. Ab 12. März 1919 wurden die in seinem Gebiet umlaufenden Banknoten mit dem Aufdruck „DEUTSCHÖSTERREICH“ versehen. Anfangs wurden die ungestempelten Geldscheine auf den ausländischen Geldmärkten zu einem höheren Kurs gehandelt, was spekulatives Horten zur Folge hatte. Als sich die Kursentwicklung umdrehte, tauchten besonders auf den 1000 und 10 Kronen-Scheinen immer mehr gefälschte Stempel auf.

Österreich gehörte mit Deutschland und Ungarn zu jenen Staaten, die ihre Währung nach dem Ersten Weltkrieg nicht stabilisieren konnten. Der Rückgang der Industrieproduktion und schlechte Ernten hatten zu einer weitgehenden Entgüterung der Wirtschaft geführt. Auf den Wirtschaftsraum der ehemaligen Monarchie ausgerichtet, kämpften Österreich und speziell Wien mit strukturellen Problemen. Der übernommene Beamtenapparat war für das kleine Land überdimensioniert, auch gab es einen überproportionalen Industrialisierungsgrad. Allerdings waren viele Industriebetriebe nun von ihren Zulieferern und angestammten Absatzmärkten abgeschnitten und unfähig sich neue Auslandsmärkte zu erschließen. Energie, Rohstoffe und Nahrungsmittel mussten importiert werden. Der Staatshaushalt war neben den Kriegsschulden durch neue, zusätzliche Ausgaben belastet. Neben dem aus der Monarchie übernommenen Beamtenapparat, den Eisenbahnen und der Arbeitslosenunterstützung erforderten die Lebensmittelsubventionen den größten Aufwand.

Pläne zur Tilgung der Kriegsschuld durch eine Vermögensabgabe blieben Stückwerk. Das wachsende Defizit wurde durch Direktkredite bei der Notenbank gedeckt. Der Geldumlauf stieg rasch an, Ende 1921 erreichte er rund 193 Milliarden Kronen. Mit der Geldentwertung verringerte sich zwar die Last der Kriegsschulden und der Beamtengehälter, gleichzeitig wuchs jedoch der Aufwand für Lebensmittelsubventionen. Diese machten im Budgetjahr 1919/20 ein Viertel der Staatsausgaben aus, 1920/21 verschlangen sie bereits knapp 60 Prozent der Gesamtausgaben. Am Ende deckte der staatliche Brotpreis nicht einmal mehr die Kosten des Backens. Für 1 kg Getreide, das um 9 Kronen verkauft wurde, zahlte der Staat 62 Kronen an die Importeure.



Abgestempelte 50-Kronen-Noten in der Druckerei der Oesterreichisch-ungarischen Bank, österreichische Geschäftsführung, um 1919. OeNB.



Banknote zu 50 Kronen mit Stempel „Deutschösterreich“ 1914, Entwurf Josef Pfeiffer, Erstausgabe 12.03.1919, Einziehung 31.01.1924. OeNB, HB01730.

3.2.2 Hyperinflation

Anfangs erleichterte die Geldentwertung die Wiederbelebung der Wirtschaft. Die österreichische Industrie profitierte von Exportprämien, ausländische Investoren wurden angelockt und der Tourismus angeregt. Diese Scheinkonjunktur ermöglichte vorerst auch eigentlich todgeweihten Betrieben das Überleben. Der ohnehin überdimensionierte Bankensektor wuchs von rund 176 Banken und Bankfirmen, die es 1913 gegeben hatte, bis 1924 auf 321. Da die Regierung im Ausland kaum Kredite aufbringen konnte, musste die Oesterreichisch-ungarische Bank erhalten. Ende 1921 verzeichnete sie 151,7 Milliarden Kronen an staatlichen Schatzscheinen in ihren Aktiva. Der Banknoten-umlauf war seit 1919 von 60,2 Milliarden auf 193 Milliarden Kronen gestiegen.

Ab Sommer 1921 geriet die Inflation außer Kontrolle. Preissteigerungen von monatlich 60 Prozent und mehr machten der Bevölkerung zu schaffen. Im August 1922 erreichten die Lebenshaltungskosten das 14.000-fache der Vorkriegszeit, die notwendigen Devisen für Lebensmittel-, Kohle- und Rohstoffimporte konnten nicht mehr aufgebracht werden.

Bereits 1919 hatte Staatskanzler Renner die sogenannte Industriekonferenz – eine Kommission aus Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertretern – einberufen, um sich mit der Frage von Lohnangleichungen zu beschäftigen. Ergebnis waren die Indexlöhne, die alle zwei Monate an die Preise angepasst wurden. Besonders die Industriearbeiter änderten dahingehend rasch ihre Kollektivverträge und profitierten relativ am Meisten. Das Indexlohnsystem schaltete die normalerweise durch nachhinkende Löhne gegebene Inflationsbremse aus und wirkte als Beschleunigungsmoment der Lohn-Preis-Spirale. Die Löhne stiegen zwar nominell, ihre Kaufkraft sank jedoch. Der wöchentliche Mindestlohn eines Metallarbeiters betrug im Dezember 1921 11.041 Kronen und im September 1922 bereits 184.896 Kronen, jener eines Mauers stieg von 18.384 auf 398.400 Kronen. Der ohnehin niedrige Lebensstandard der Arbeiter verringerte sich damit um rund ein Viertel. Noch höhere Einkommensverluste mussten die Bezieher von Renten und fixen Gehältern, wie z.B. Beamte, in Kauf nehmen.

Den Höhepunkt der Inflation dokumentiert die Emission der Banknote zu 500.000 Kronen im September 1922. Das Geld, dem niemand mehr vertraute, war „wertlos“ geworden. Kaum jemand wollte noch Kronen annehmen, die es dennoch taten, konnten den Preis ihrer Waren willkürlich festlegen. Es kam zu täglichen, oft auch stündlichen Preiserhöhungen.

Geld wurde in Rucksäcken und riesigen Körben transportiert und so rasch als möglich ausgegeben. Sparguthaben wurden aufgelöst und ihr Gesamtvolumen sank in Österreich 1922 von 10 Millionen Goldkronen im April auf 1,6 Millionen im August. Eine panische Flucht in Sachwerte setzte ein. Verschärft wurde der Ansturm auf die Güter durch jene, die über Devisen verfügten. Während viele ihre Besitztümer zu einem Spottpreis veräußern mussten, bereicherten sich andere. Die Bevölkerung sah sich mit wachsender Erbitterung dem Treiben von Spekulanten und Schiebern ausgeliefert. Auf der Suche nach einem Sündenbock für diese Zustände erhielten antisemitische und fremdenfeindliche Ressentiments neue Nahrung.

Ende 1918 hatte die Notenbank aus Papier- und Kohlemangel den Bedarf an Kronennoten nicht mehr rasch genug decken können und Kassenscheine emittiert. Darüber hinaus erlaubte sie verschiedenen Städten die Ausgabe von Notgeld. Diesem Beispiel folgten bald, unter Umgehung der Notenbank, weitere Gemeinden. Das oft nur für Sammlerzwecke produzierte Notgeld sollte zusätzliche Einnahmequellen erschließen. Insgesamt ließen etwa 1.300 Gemeinden und andere Institutionen teils sehr aufwendig gestaltetes Notgeld drucken.

Menge	Ware	1914	1921	1922
1 Laib	Brot	0,46 Kronen	160 Kronen	5670 Kronen
1 kg	Mehr	0,36 Kronen	334 Kronen	11.000 Kronen
1 kg	Schweinefleisch	2,10 Kronen	1100 Kronen	40.000 Kronen
1 kg	Zucker	0,80 Kronen	800 Kronen	21.000 Kronen
100 kg	Kohlen	4 Kronen	38 Kronen	540 Kronen
1	Herrenanzug mittlerer Güte	70 Kronen	50.000 Kronen	800.000 Kronen
1 Paar	Paar Schuhe schlechter Qualität	18 Kronen	7000 Kronen	150.000 Kronen

Teuerung im Inland. Quelle: Abschied vom Schilling, S. 39, Graphik OeNB.



Banknote zu 500.000 Kronen. OeNB, HB03266.



Notgeld verschiedener österreichischer Gemeinden, um 1920. OeNB.

3.2.3 Stabilisierung

Seit Kriegsende bemühte sich die Regierung immer wieder um ausländische Kredithilfen. Abgesehen von einem 82 Millionen Dollar Kredit der USA und einigen wohlwollenden aber meist unverbindlichen Willensbekundungen kam aber nicht sehr viel heraus. Die österreichische Finanzpolitik war geradezu krampfhaft auf ausländische Anleihen fixiert, ohne ernsthafte Konzepte zur Selbsthilfe anzudenken. Erst 1921 begann ein langsames Umdenken einzusetzen.

Im September 1922 gelang es der Regierung Seipel schließlich, unter Verweis auf eine drohende Staatskrise und die Aufgabe der Unabhängigkeit, vom Völkerbund die Zusage finanzieller Hilfe zu erhalten. In den „Genfer Protokollen“ vom 4. Oktober 1922 wurden die Bedingungen für die Gewährung einer Anleihe in der Höhe von 650 Millionen Goldkronen festgelegt. Österreich musste sich zur Sanierung des Budgets und zur Stilllegung der Notenpresse verpflichten. Dabei musste es sich – unter Einschränkung seiner staatlichen Souveränität – der Kontrolle eines mit weitgehenden Befugnissen ausgestatteten Völkerbundkommissärs unterwerfen. Allein die Ankündigung des Genfer Vertrages genügte jedoch, um den Kurs der österreichischen Währung auf der Basis von 14.400 Papierkronen zu einer Goldkrone zu stabilisieren.

Den Auftakt zur Sanierung bildete die Gründung der neuen Oesterreichischen Nationalbank per Gesetz vom 14. November 1922. Sie löste die in Liquidation befindliche „Oesterreichisch-ungarische Bank, österreichische Geschäftsführung“ ab und nahm am 1. Jänner 1923 ihre Tätigkeit auf. In der währungspolitischen Diskussion hatte die Forderung zur Einrichtung einer neuen vom Staat unabhängigen Notenbank bereits seit 1919 breiten Raum eingenommen. Allerdings waren die unterschiedlichen Vorstellungen über Kapitalaufbringung und Kompetenzen lange zu weit auseinander gelegen.

Zur wichtigsten Aufgabe der neuen Oesterreichischen Nationalbank neben der Regelung des Zahlungsverkehrs wurde die Sicherung der Stabilität der Währung. Eine der ersten grundlegenden Entscheidungen war jene über den Auslandskurs der österreichischen Währung. Angestrebt wurde eine feste Relation zu einer führenden Goldwährung. Als eines der ersten Länder Europas ging Österreich ein stabilisiertes Verhältnis zum Dollar ein. Ab 1923 entsprachen 71.060 Papierkronen einem US-Dollar.

Rasch griffen die gesetzten Maßnahmen, sodass bereits 1923 die Staatseinkünfte nahezu die Ausgaben deckten und man auf die vollständige Ausschöpfung der Völkerbundanleihe verzichten konnte.



Viertelaktie der Oesterreichischen Nationalbank 1924. OeNB, AW00186.

3.2.4 Schillingwährung

Ein sichtbares Zeichen der neuen Geldpolitik wurde schließlich mit dem Übergang zur Schillingwährung gesetzt. Im Dezember 1923 erhielt die Regierung vom Nationalrat die Ermachtung, Silbermünzen zum Nennwert von 5.000, 10.000 und 20.000 Kronen mit den Bezeichnungen Halbschilling, Schilling und Doppelschilling auszuprägen. Die erste 1 Schilling-Münze wurde in Silber mit 800/1000 Feingehalt ausgebracht. Rasch begannen die Menschen diese relativ guthaltigen Münzen in großem Stil zu horten, weshalb die Stücke bald aus dem Verkehr verschwanden. Der steigende Silberpreis führte schließlich zur Einstellung der Prägung. Später folgte eine Neuauflage – die Münzen waren nun geringfügig kleiner und ihr Silbergehalt mit 640/1000 deutlich geringer.

Die umfassende Währungsreform erfolgte, als mit Gesetz vom 20. Dezember 1924 die Schillingrechnung eingeführt und ein Umrechnungskurs von 10.000 Kronen zu 1 Schilling festgelegt wurde. Zu heftigen Polemiken in der Presse kam es, als im Vorfeld publik wurde, dass es Überlegungen gab, die Untereinheit des Schilling Stber zu nennen. Schließlich fiel die Wahl jedoch auf die Bezeichnung Groschen, obwohl es sich historisch gesehen bei Schilling und Groschen ursprünglich um gleichwertige Silbermünzen gehandelt hatte.

Der erste eigentliche Schillingwert war eine Banknote mit einem Nominale von 100 Schilling, die 1925 in Umlauf gebracht wurde und den Auftakt zur Emission weiterer [Schillingnoten](#) bildete. 1926 folgten Goldmünzen zu 100 und 25 Schilling, 1928 begann man anlässlich des 100. Todestages von Franz Schubert mit einer Serie von Silbergedenkmnzen zu 2 Schilling. Die ersten Schilling-Banknoten von Rudolf Junk und Karl Sterrer zeigten, im Vergleich zu dem eher lieblichen Design der Kronen-Noten, sehr strenge geometrische Formen und starre, fast maskenhafte Gesichter. Erstmals erschienen Idealportrats junger Männer auf sterreichischen Banknoten. Sterrer sprach damit den Paradigmenwechsel der Zeit, die Abkehr von der „Welt von Gestern“ (Stefan Zweig) zu einer die Jugend favorisierenden, zukunftsorientierten Haltung an. Bei der Bevölkerung fanden die Banknoten dennoch keinen Anklang.

Erst mit der zweiten Banknoten-Serie von 1927 kehrten wieder „gefälligere Noten“ zurück. Die Nationalbank lud bereits im April 1925 sterreichische Künstler und Künstlerinnen zu einem Wettbewerb für das neue Banknotendesign ein. Allerdings entsprach keiner der 317 eingereichten Entwürfe den technischen und künstlerischen Anforderungen für Banknoten, sodass keine Preise verliehen wurden. 17 Entwürfe kaufte die OeNB aber wegen ihrer interessanten Lösungsansätze an. Ideen aus dem Wettbewerb flossen dennoch in die nächste Banknotenserie mit ein, auch weil einige der teilnehmenden Künstler mit der Ausarbeitung weiterer Entwürfe beauftragt wurden. Ziel war es, die wirtschaftliche Lebensfähigkeit des Landes auf den Banknoten zu betonen. Daher wurden die wichtigsten Zweige des sterreichischen Wirtschaftslebens thematisiert: Bergbau (5 Schilling), Handel und Verkehr (10 Schilling), Landwirtschaft (20 Schilling), Industrie und Gewerbe (50 Schilling), Wissenschaft und Kunst (100 Schilling). Die Banknoten dieser Serie wurden von mehreren verschiedenen Künstlern mit unterschiedlichen künstlerischen Ansätzen gestaltet.



Banknote zu 10.000 Kronen II. Auflage mit Aufdruck „Ein Schilling“ 1924, OeNB, HB03378.



Entwurf für die Rückseite einer Banknote zu 100 Schilling, Gestaltungswettbewerb 1925, Georg Jung, OeNB, ZE00511.



1 Schilling, Österreich, 1924, Silber, 6,91 g. OeNB, MD00038.



2 Schilling „100. Todestag von Franz Schubert“, Österreich 1928, Silber, 12,03 g. OeNB, MD00044

3.2.5 Währungspolitik und Wirtschaftskrise

Stabilität bildete nach den Erfahrungen der Hyperinflation und des Währungszusammenbruchs das oberste Prinzip der österreichischen Wirtschaftspolitik. Fiskalische Sparsamkeit und eine Politik des knappen Geldes fanden auch in der Öffentlichkeit breite Zustimmung. Selbst am Höhepunkt der Wirtschaftskrise Anfang der 1930er-Jahre, als die Zahl der Arbeitslosen auf 600.000 stieg, blieb man dem Kurs der restriktiven Währungs- und Finanzpolitik treu. Auf der Grundlage dieser Währungspolitik entwickelte sich der Schilling zu einer der stabilsten Währungen Europas, was ihm im Volksmund die Bezeichnung „Alpendollar“ einbrachte. So konnte der Barschatz der Nationalbank zwischen 1924 und 1930 von 488 Millionen auf 930 Millionen Schilling und damit die Bardeckung des Banknotenumlaufs von 54,6 % auf 78,6 % gesteigert werden – vorgeschrieben waren lediglich 20 %. Selbst die Devisenverkehrsbeschränkungen konnten 1925 aufgehoben werden. Wesentlichen Anteil an der Ausformung und Umsetzung dieser Politik hatte Viktor Kienböck in seiner Funktion als Finanzminister (1922-1924 und 1926-1929) und später als Präsident der Oesterreichischen Nationalbank (1932-1938). Die Finanz- und Wirtschaftspolitik wurde von einer latenten Furcht vor einer neuen Inflation geprägt. Hinzu kam der enge Sparrahmen, den die Genfer Vereinbarung Österreich auferlegte. Aus alledem resultierte eine sehr einseitige Konzentration auf die Währungssanierung und die internationale Kreditfähigkeit. Wirtschaftliche Strukturreformen und Investitionen blieben aus, bzw. wurden durch hohe Zinssätze, die als Inflationsbremse gedacht waren, blockiert. Das Verständnis für die funktionelle Beziehung von Volkswirtschaft und Finanzpolitik war damals noch wenig entwickelt.

Besonders der Bankensektor blieb überdimensioniert und generierte Probleme, die 1929 virulent wurden. Österreich wurde durch seine Deflationspolitik vom weltweiten Konjunkturaufschwung seit Mitte der 1920er-Jahre nur zögerlich erfasst. Die österreichische Wirtschaft nutzte in dieser Zeit überwiegend kurzfristige Kredite zur Finanzierung von langfristigen Investitionen. Ein labiles Verhältnis von Überkapazitäten, strukturellen Schwächen und internationalen Kreditverflechtungen entstand. Als 1929 die Spannungen zwischen Heimwehr und Schutzbund einem neuen Höhepunkt zusteuerten wuchs die Angst vor einem Bürgerkrieg. Ein Bankenrun setzte ein und ausländische Anleger zogen ihr Kapital ab. Den Höhepunkt bildete der Zusammenbruch der Allgemeinen Österreichischen Bodencreditanstalt - der zweitgrößten Bank des Landes. Diese konnte nur durch eine Zwangsfusion mit der Creditanstalt und die Stundung von 132 Millionen Schilling Schulden bei der Oesterreichischen Nationalbank aufgefangen werden.

In Österreich war die Krise der Bodencreditanstalt noch nicht abgewickelt, als der Krach der New Yorker Börse die Weltwirtschaft erschütterte. Hier brach 1929 ein hochspekulativer, überwiegend kreditfinanzierter Aktienboom in sich zusammen. In Folge der Weltwirtschaftskrise stand 1931 mit der Creditanstalt die größte österreichische Bank, die 40 Prozent der heimischen Industrie kontrollierte, vor dem Ruin. Nur durch Hilfszahlungen der Nationalbank und enorme Staatshaftungen konnte dieser abgewendet werden. Allerdings lösten die Probleme der Creditanstalt eine internationale Kreditkrise und in der Folge eine Währungskrise aus. Die durch die Krise ausgelöste Kapitalflucht zwang die Nationalbank 1933 zur Abwertung des Schilling um 28 %.

Nach der Errichtung des autoritären Ständestaats 1933 wurde die Ausgabe neuer Scheidemünzen verfügt. Die bisherigen Silbermünzen mit einem Nominale von ½ Schilling und 1 Schilling sowie die 5-Schilling-Note wurden eingezogen und durch neue Münzen ersetzt. Die 50-Groschen- und die 1-Schilling-Münze wurden in Nickel, das 5-Schilling-Stück in Silber ausgeprägt, alle trugen das neue Staatswappen mit dem Doppeladler. Der Bund nutze den daraus resultierenden Münzgewinn von 48 Millionen Schilling überwiegend zur Darlehenstilgung bei der Nationalbank.



1 Schilling, Bundesstaat Österreich, 1934, Kupfer-Nickel, 7,08g. OeNB, MD00087.



5 Schilling, Bundesstaat Österreich, 1934, Silber 14,99g. OeNB, MD00098.



50 Groschen „Nachtschilling“, Österreich, 1934, Kupfer-Nickel, 5,43 g. OeNB, MD00084. Diese 50-Groschen-Münze glich in ihrer Größe dem 1-Schilling-Stück und wurde daher immer mit diesem verwechselt. 1935 entschloss man sich deshalb, die im Volksmund als „Nachtschilling“ bezeichnete Münze neu zu gestalten.



50 Groschen, Bundesstaat Österreich, 1935, Kupfer-Nickel, 5,48 g. OeNB, MD00085.

3.2.6 Die Zeit der Reichsmark

Österreich setzte auch während der 1930er-Jahre seine konservative, deflationistische Wirtschafts- und Währungspolitik fort. Da nur geringe Impulse zur Konjunkturbelebung gesetzt wurden, sanken die offiziellen Arbeitslosenzahlen auch im Ständestaat von 557.000 (1933) auf 464.000 (1937) nur wenig. Hinzu kamen noch rund 200.000 sogenannte „Ausgesteuerte“ – Frührentner, Jugendliche und Langzeitarbeitslose ohne Ansprüche auf Unterstützungen. Massenarbeitslosigkeit und Wirtschaftsdepression bereiteten den Boden für radikale Strömungen und machten die Bevölkerung für die nationalsozialistische Propaganda empfänglich.

Mit dem Einmarsch deutscher Truppen am 12. März 1938 endete Österreichs staatliche Souveränität. Fünf Tage später, am 17. März wurde die Deutsche Reichsmark als Währung eingeführt und die Reichsbank mit der Liquidation der Oesterreichischen Nationalbank betraut.

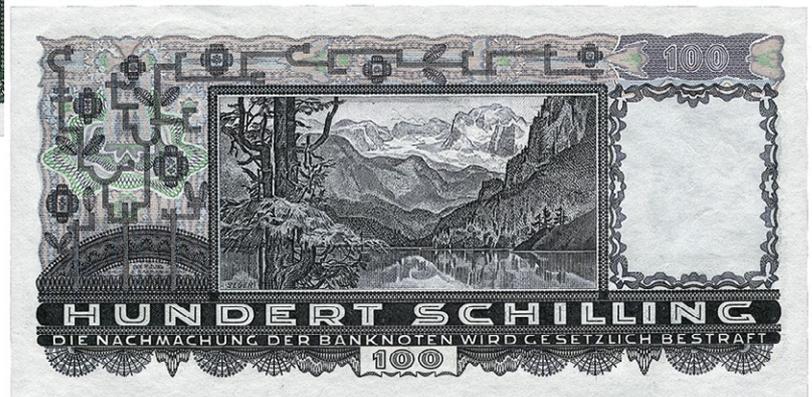
Laut Bilanz verfügte die Oesterreichische Nationalbank an diesem Tag über Goldreserven von 78,3 Tonnen mit einem Wert von 467,7 Millionen Schilling, sowie Devisen und Valuten im Wert von 59,15 Millionen Schilling. Am 23. März wurde die Devisenbewirtschaftung des Deutschen Reichs auch auf Österreich ausgeweitet. Alle Valuten, Devisen, Gold, Platin und ausländische Wertpapiere mussten gemeldet und dem Deutschen Reich zum Kauf angeboten werden. Bis zum 25. April galt noch der bessere Wiener Kurs, danach der wesentlich niedrigere Berliner Kurs. So kamen zusätzlich nochmals Gold für 77,6 Millionen Schilling und 147 Millionen Schilling an Devisen zusammen, die gemeinsam mit den Notenbankreserven zur Reichsbank nach Berlin transferiert wurden, um der Kriegsfinanzierung zu dienen. Insgesamt wurde 1938 Gold im Wert von 365,4 Millionen Reichsmark an das Deutsche Reich abgeführt. Zum Vergleich: Die Deutsche Reichsbank wies in ihrer Bilanz offiziell Goldreserven von nur 76 Millionen Reichsmark aus.

Am 23. April wurde das Notenprivileg der OeNB aufgehoben und am 25. April verloren die Schillingnoten ihre gesetzliche Zahlungskraft. Der Umrechnungskurs betrug 1 Reichsmark zu 1,50 Schilling. Dies bedeutete eine Aufwertung des Schillings um 37 % gegenüber dem Kurs von 1937 (2 Schilling = 1 Reichsmark). Diese populistische Maßnahme des nationalsozialistischen Regimes diente der Angleichung des Lohn- und Preisniveaus zwischen Österreich und Deutschland. Da niemand weniger verdienen sollte als vorher, erfuhren die meisten Erwerbstätigen deutliche Lohnzuwächse, was die Einstellung zum Deutschen Reich entsprechend beeinflusste. Für österreichische Unternehmen stellte die Währungsaufwertung allerdings ein großes Problem dar. Im Vergleich zur bereits auf vollen Touren laufenden deutschen Rüstungsindustrie war Österreichs Wirtschaft nicht konkurrenzfähig. Mit Förderungen, Aufbaukrediten und auf die Rüstung ausgelegte Investitionen versuchte man die Wirtschaft der Ostmark auf reichsdeutsches Niveau zu bringen. Allerdings überlagerte der Kriegsausbruch diese Bemühungen und Österreich blieb auch weiterhin ein eigener Markt.

Um den österreichischen Bargeldumlauf von 1068 Millionen Schilling (Stand 1937) auf die deutsche Währung umzustellen, mussten 1938 Banknoten im Wert von 600 Millionen Reichsmark gedruckt und Münzen aus der für den Mobilisierungsfall angelegten strategischen Reserve abgezogen werden. Zwischen 1939 und 1945 stieg der Banknotenumlauf im Deutschen Reich von 8,7 Milliarden auf 73 Milliarden Reichsmark.



Banknote zu 100 Schilling, 2. Jänner 1936. OeNB, HB04010. Die für Juni 1938 geplante Ausgabe der Banknote kam durch den Anschluss nicht mehr zu Stande.



Bankprobe der Banknote zu 20 Reichsmark, 16. Juni 1939, Deutsche Reichsbank. OeNB, ZE00761.

3.3 Vom Schilling zum Euro

3.3.1 Währungschaos 1945

Anders als in der Zwischenkriegszeit herrschte in Österreich 1945 trotz enormer Zerstörungen, vieler Kriegsoffer und einer hohen Sterblichkeit aufgrund von Unterernährung der Wille zu Wiederaufbau und staatlicher Eigenständigkeit vor.

Die Regelung des Währungswesens war eine der vorrangigen wirtschaftspolitischen Aufgaben. Ein besonderes Problem bildete der gewaltige Geldüberhang der praktisch wertlosen Reichsmark. Zirkulierten auf österreichischem Staatsgebiet 1938 nur 1,2 Milliarden Reichsmark, so wurden bei der Währungsreform 1947 7,39 Milliarden Reichsmark erfasst.

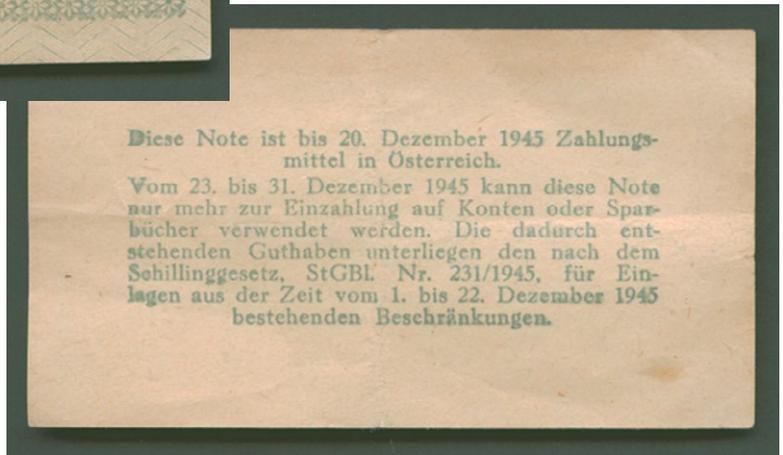
Zu einer weiteren Aufblähung des Geldvolumens führte die Ausgabe der „Alliierten Militärschillinge“. Diese wurden seit 1944 in Großbritannien und den USA gedruckt und waren ursprünglich als Behelfszahlungsmittel für die alliierten Soldaten gedacht. Offizielle österreichische Stellen mussten die Scheine als Zahlungsmittel annehmen und auch die Bevölkerung akzeptierte sie bald. Selbst der wiederbegründeten Oesterreichischen Nationalbank dienten die Militär-Schillinge zwischen 50 Groschen und 5 Schilling bis 1947 als Kleingeldersatz. Die Noten zwischen 10 und 1000 Schilling waren dagegen nur bis 20. Dezember 1945 in Umlauf. Im Einflussbereich der provisorischen Regierung Renner, der sich im Wesentlichen auf die russische Zone beschränkte, wurden als Kleingeldersatz vorrübergehend auf Reichsmark lautende Teilscheine ausgegeben.

Die Regierung Renner setzte alles daran, eine währungsmäßige Spaltung Österreichs zu verhindern und war bemüht, zum Schilling zurückzukehren. Über alle politischen Lager hinweg war man sich einig, dass ein staatlich anerkanntes, wertbeständiges Zahlungsmittel und ein funktionierendes Kreditwesen für den Aufbau der Wirtschaft grundlegend waren.

Am 3. Juli 1945 wurden von der provisorischen Regierung das Notenbanküberleitungsgesetz zur Inkraftsetzung des Statuts der Oesterreichischen Nationalbank, das Schaltergesetz und das Kreditlenkungsgesetz beschlossen. Das Schaltergesetz ermöglichte den seit Kriegsende geschlossenen Banken, ihre Geschäfte eingeschränkt wieder aufzunehmen. Bestehende Altguthaben wurden zu 60 % gesperrt, die restlichen 40 % konnten nur für bestimmte Zahlungen behoben werden.



Teilschein zu 1 Reichsmark, Republik Österreich, 1945. OeNB, HB05065.



Diese Note ist bis 20. Dezember 1945 Zahlungsmittel in Österreich.

Vom 23. bis 31. Dezember 1945 kann diese Note nur mehr zur Einzahlung auf Konten oder Sparbücher verwendet werden. Die dadurch entstehenden Guthaben unterliegen den nach dem Schillinggesetz, StGBL Nr. 231/1945, für Einlagen aus der Zeit vom 1. bis 22. Dezember 1945 bestehenden Beschränkungen.

42/43 Wien

LANDESERNÄHRUNGSAMT WIEN
19. Juli bis 15. August 1948

Lebensmittelkarte (für Erwachsene über 18 Jahre) **E**

43 Name:
Wohnung:

ACHTUNG! Lose Nummernabschnitte sind ungültig. Die mit „O“ bezeichneten Kleinabschnitte dürfen vor Aufruf nur in Gaststätten des Bundesgebietes Österreich angenommen werden. Für verlorene Lebensmittelkarten wird kein Ersatz geleistet! Ohne Namenseintragung ungültig! Mißbrauch oder Verkauf wird bestraft!

1 Rayoniert mit Brot bei: <i>Seanz Scheudorfer FEINKOST Wien 9/oo, Stadtschlachthaus 17</i>	2 Rayoniert mit Mehl bei: <i>Seanz Scheudorfer FEINKOST Wien 9/oo, Stadtschlachthaus 17</i>	3 Rayoniert mit Fleisch und Schmalz bei:
4 Rayoniert mit Nahrungsmittel usw. bei: <i>Seanz Scheudorfer FEINKOST Wien 9/oo, Stadtschlachthaus 17</i>	Vor einer Abmeldung während der Periode vom Kaufmann Verrechnungsabschnitte zurückverlangen!	5 Rayoniert mit Öl, Margarine usw. bei: <i>Seanz Scheudorfer FEINKOST Wien 9/oo, Stadtschlachthaus 17</i>

34/E 33/E 32/E 31/E 30/E 29/E
43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien

28/E 27/E 26/E 25/E 24/E 23/E
43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien

22/E 21/E 20/E 19/E 18/E 17/E
43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien 43 Wien

16/E 15/E 12/E 11/E
43 Wien 43 Wien

Lebensmittelkarte, Landesernährungsamt Wien, 1948. OeNB, MS-KA4991.

3.3.2 Rückkehr zum Schilling

Bereits seit Mai war die Druckerei der Nationalbank mit der Produktion von sogenannten Interimsnoten beschäftigt. Unterstützt wurde die OeNB-eigene Druckerei für Wertpapiere dabei von der Österreichischen Staatsdruckerei und der Steyrermühl-Druck AG. Bei den Interimsnoten handelte es sich um Geldscheine zu 10, 20, 100 und 1000 Schilling, die von Druckplatten aus der Zwischenkriegszeit gedruckt wurden. Lediglich Farbe, Ausgabedatum und Unterschrift wurden adaptiert. Umgekehrt brachte die Verwendung der alten Sujets den psychologischen Vorteil einer Anknüpfung an den „Alpendollar“.

Die für Oktober geplante Währungsumstellung wurde durch Meinungsverschiedenheiten mit den Alliierten verzögert. Erst die Bereitstellung von beschlagnahmten Reichsmarkbeständen in Form von Währungskrediten durch die Sowjetunion und die USA ermöglichten es den Zahlungsverkehr wieder in Gang zu bringen. So konnte das Schillinggesetz erst am 30. November 1945, erlassen werden. Es sah einen Umtausch der Reichsmark und der „Alliierten Militärschillinge“ in Schilling im Verhältnis 1:1 vor. Um den Geldumlauf der Gütermenge anzugleichen wurden pro Kopf nur 150 Schilling bar ausbezahlt und der Rest beschränkt verfügbaren Konten gutgeschrieben. Außerdem wurde der Dollarkurs mit 1:10 festgelegt, obwohl von der Kaufkraftparität 1:33 realistischer gewesen wäre. Zur logistischen Abwicklung musste auf alliierte Militärfahrzeuge zurückgegriffen werden. Häufige Stromabschaltungen und ein latenter Mangel an qualitativ hochwertigem Papier – als Ersatz musste u.a. Landkartenpapier herhalten – bereiteten den Druckern einige Probleme.

Die kleineren Reichsmarknominale wurden ab März 1946 eingelöst und mit dem Scheidemünzen-gesetz vom Juli folgten die Münzen. Neue Schillingmünzen aus unedlem Metall kamen in den Geldverkehr. Michael Powolny gestaltete die erste Schilling-Münze der 2. Republik nach dem Gemälde „Der Sämann und der Teufel“ von Albin Egger-Lienz.

Die Neuordnung der Währung wurde jedoch durch eine zunehmend inflationäre Entwicklung gefährdet. In den Jahren 1946/1947 führten die prekäre wirtschaftliche Lage des Landes und die hohen Besatzungskosten, welche ein Drittel der Staatsausgaben ausmachten, zu einer raschen Vermehrung des Banknotenumlaufs. Nach wie vor stand auch eine Überliquidität der Privaten einem Bargeldmangel bei den Kreditinstituten gegenüber. Zwar konnte der starke Preisauftrieb durch sozialpartnerschaftliche Vereinbarung eines ersten von insgesamt fünf Preis-Lohn-Abkommen eingedämmt werden. Doch erst mit der Abwertung des Schillings und der Verringerung des Bargeldumlaufs durch das Währungsschutzgesetz vom November 1947 (Umtausch der alten Schillinge gegen neue im Verhältnis 3:1, mit einer Kopfquote von 150 Schillingen im Verhältnis 1:1) und einer, ab 1952 eingeleiteten, restriktiven Geldpolitik gelang es, den Schilling zu stabilisieren und die Grundlage für eine Normalisierung der Wirtschafts- und Währungsverhältnisse zu schaffen.



5 Alliierte Militärschilling, Serie 1944



1 Schilling „Sämann“, Republik Österreich, 1946, Aluminium 2,01g, OeNB, MD00280.



Banknote zu 10 Schilling 1945. OeNB, HB05418. Die Interimsnoten wurden mit 24. Dezember 1947 eingezogen und durch neue Scheine ersetzt. Diese trugen eine Allonge mit dem Aufdruck „ZWEITE AUSGABE“.

Entwurf für die 1 Schilling-Münze, Michael Powolny, 1946. Münze Österreich AG.

SAATGUT UND DÜNGEMITTEL

ZUR VORBEREITUNG
DER FRÜHJAHRSSAAT
IM WERT VON

3.3.3 Vom Wiederaufbau zum Wirtschaftswunder

Die unmittelbare Nachkriegszeit war von extremer Mangelwirtschaft, Versorgungsengpässen, Rationierungen und Schleichhandel geprägt. Zeitweilig dienten sogar Zigaretten als Ersatzwährung. Auf diese prekäre Versorgungslage reagierten die Alliierten anfänglich mit karitativen Hilfsprogrammen z.B. CARE-Pakete und Lebensmittellieferungen. 1947 stellte der amerikanische Außenminister George Marshall das European Recovery Program (ERP) vor. Während der Laufzeit des Marshall-Plans (1948-1952) erhielt Österreich Sachlieferungen im Wert von rund 712 Millionen Dollar als Geschenk zum Wiederaufbau. Die Waren mussten zu Inlandspreisen verkauft und die Erlöse auf ein Counterpart-Konto eingezahlt werden. Dieses Konto wurde 1962 in die Verfügung des österreichischen Staates übergeben und daraus der ERP-Fonds gebildet. Bis heute werden aus den Erträgen zinsbegünstigte Kredite für Investitionen finanziert.

In den 1950er-Jahren ermöglichten Verstaatlichungen und die Marshallplan-Hilfen den Wiederaufbau und die Modernisierung der österreichischen Industrie. Die Arbeitslosigkeit sank unter 3 % und die Löhne stiegen, was sich im Konsumverhalten und der Mobilität niederschlug und ein neues Lebensgefühl einleitete.

Die erfolgreiche Neuordnung und Stabilisierung der Währung in den Nachkriegsjahren ermöglichte 1953 eine Vereinheitlichung des bis dahin „gespaltenen“ Wechselkurses, der nun mit 26 Schilling für 1 US-Dollar festgelegt wurde. Dies kam zwar einer deutlichen Abwertung des Schillings gleich, ebnete Österreich aber den Weg zur Vollmitgliedschaft beim Internationalen Währungsfonds. Als die westeuropäischen Staaten im Dezember 1958 ihre Währungen als konvertibel erklärten, konnte sich Österreich dieser Maßnahme Anfang 1959 problemlos anschließen.

Im September 1955 wurde ein neues Nationalbankgesetz erlassen. Es stellte die Rechtskontinuität der OeNB seit ihrer Gründung 1922 fest und nahm organisatorische Neuregelungen vor, die ein hohes Maß an Unabhängigkeit gegenüber dem Staat sicherten. Zudem stattete es die Notenbank durch die gesetzliche Verankerung der Mindestreserve- und Offenmarktpolitik mit neuen Instrumentarien aus, die es der OeNB ermöglichten, eine zentrale Rolle in der Wirtschaftspolitik zu spielen. Die Koordinierung der Fiskal- und Geldpolitik schuf die Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum bei hoher Stabilität des Geldwerts.

sind ein Beitrag
DER AMERIKAHILFE
zur Wiederherstellung Österreichs



20 Schilling, 1950,
Entwurf Erhard
Amadeus-Dier.
OeNB, HB07179



1 Schilling, Probeprägung mit alter-
nativen Motiven. OeNB, PT00054.



1 Schilling, Republik Österreich,
1959, 4,18 g. OeNB, MD00285.

3.3.4 Modernisierung und Integration

Bei der hohen außenwirtschaftlichen Verflechtung Österreichs stellten Bewegungen des Wechselkurses immer vergleichsweise hohe Risiken für die makroökonomische Stabilität dar. Als kleine offene Volkswirtschaft musste Österreich stabilen Wechselkursen in der Geld- und Wirtschaftspolitik daher einen hohen Stellenwert beimessen. Österreich ließ daher nach dem Zusammenbruch des Festkurssystems von Bretton Woods 1971 (Aufhebung der Goldkonvertibilität des US-Dollar) den Außenwert des Schillings nicht frei Schwanken. Stattdessen setzte man auf eine regional ausgerichtete Wechselkursanbindung als Grundlage einer von Regierung und Sozialpartnern mitgetragenen stabilitätsorientierten Währungspolitik. Zunächst erfolgte die Bindung an einen „Währungskorb“, gebildet aus den sechs wichtigsten europäischen Handelspartnern. Ab 1976 erfolgte die verstärkte Orientierung an den Haupthandelspartner Deutschland und damit an die D-Mark. Ab 1980 kam es dann zur festen Verankerung mit der D-Mark und damit der Unterbindung von Kurschwankungen zwischen den beiden Währungen. Dies trug wesentlich zur Verbesserung der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit bei. Welche hohe Glaubwürdigkeit die feste Schilling/D-Mark-Bindung hatte, wurde besonders während der Turbulenzen an den europäischen Devisenmärkten 1992/1993 deutlich.

Die rasante Expansion der internationalen Finanzmärkte erforderte eine stete Anpassung des währungspolitischen Instrumentariums der Oesterreichischen Nationalbank an die neuen Marktverhältnisse. Im November 1991 konnten z.B. die Devisenbeschränkungen aufgehoben und der Handel mit Gold freigegeben werden. Anfang der 1990er-Jahre war die monetäre Integration Österreichs mit dem Rest der Welt in einem hohen Ausmaß realisiert.

In diese Zeit fiel auch die Übernahme des Wiener Hauptmünzamt durch die Oesterreichische Nationalbank. Die Münzstätte war bis zu seiner Umwandlung in eine Aktiengesellschaft und der Umbenennung in Münze Österreich AG ein staatlicher Betrieb. Mit 1. Jänner 1989 übernahm die Oesterreichische Nationalbank 100 % der Aktienanteile.

Neun Jahre später – 1998 – wurde dann die bisherige „Druckerei für Wertpapiere“ der Oesterreichischen Nationalbank in ein eigenständiges Unternehmen ausgegliedert. Die nunmehrige Oesterreichische Banknoten und Sicherheitsdruck GmbH (OeBS) ist zu 100 % im Besitz der Oesterreichischen Nationalbank.

Im Vorfeld der Euro-Umstellung übernahm die OeNB 1999 außerdem noch die Mehrheitsanteile an der Geldservice Gesellschaft mbH (GSG), die Mitte der 1990er Jahre von mehreren Großbanken zur Optimierung der Bargeldlogistik gegründet worden war. Der Firmenname wurde auf GSA - Geldservice Austria Logistik für Wertgestionierung und Transportkoordination – geändert. Sie bildet heute einen fixen Bestandteil der österreichischen Bargeldlogistik.



Entwurf „Dampfschiff Civetta“ und Druckplatte für Rückseite der Banknoten zu 500 Schilling 1966, Entwurf Roman Hellmann, Stich: Alfred Nefe, 1965. OeNB



5000 Schilling 1988, Entwurf Robert Kalina. OeNB. Der am 17.10.1989 ausgegebene Geldschein war die erste Banknote, die mit einem Folienelement ausgestattet war.



500 Schilling 1997, Entwurf Robert Kalina. OeNB.

3.3.5 Euro: Währungsunion

Als Mitglied der Europäischen Union wirkt Österreich seit 1995 aktiv an der Gestaltung der Rahmenbedingungen für die europäische Wirtschafts- und Geldpolitik mit. Höhepunkt der europäischen Integration nach der Herstellung des gemeinsamen Binnenmarktes war die Einführung einer gemeinsamen Währung, des Euro.

Am 1. Juni 1998 wurden die Europäische Zentralbank (EZB) und am 1. Jänner 1999 das Europäische System der Zentralbanken (ESZB) gegründet. Hauptaufgabe dieser Institutionen ist die Sicherung der Preisstabilität im Euro-Währungsgebiet.

Die Oesterreichische Nationalbank ist ein integraler Bestandteil des ESZB und nimmt in diesem Rahmen wie bisher ihre gesetzliche Verpflichtung wahr, „mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln dahin zu wirken, das Ziel der Preisstabilität zu gewährleisten.“

Wie alle anderen nationalen Zentralbanken des ESZB übernimmt die Oesterreichische Nationalbank die operativen Aufgaben des Eurosystems, wie die Durchführung von geldpolitischen Operationen, die Verwaltung der Währungsreserven des Eurosystems, den Betrieb und Überwachung von Zahlungssystemen, die Ausgabe von Banknoten sowie die Erhebung statistischer Daten.

Die Zahl der teilnehmenden Mitgliedstaaten steigt kontinuierlich. Waren es anfänglich 11 Staaten (Belgien, Deutschland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal und Spanien), erhöhte sich die Zahl am 1. Januar 2001 mit dem Beitritt Griechenlands zur dritten Stufe der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) auf zwölf. Damit waren es 12 Staaten, die am 1. Jänner 2002 den Euro als Bargeld einführten. Zeitgleich bekamen 320 Millionen Menschen eine neue Währung – dies stellte die größte Währungsumstellung der Geschichte dar!

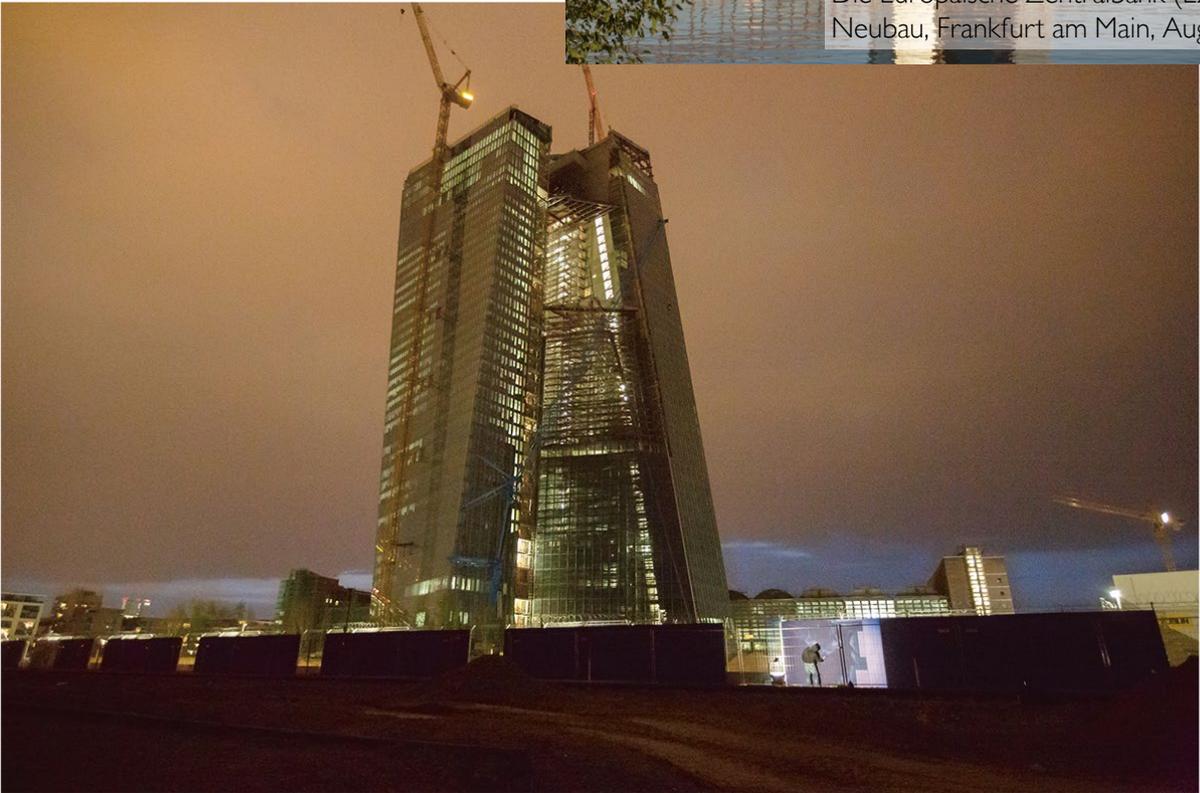
Mittlerweile sind 19 der 27 EU-Staaten Mitglieder der WWU: Slowenien (1. Januar 2007), Zypern und Malta (1. Januar 2008), Slowakei (1. Januar 2009), Estland (1. Januar 2011), Lettland (1. Januar 2014) und Litauen (1. Januar 2015). Mit dem Beitritt eines Landes zum Eurogebiet wird seine Zentralbank Teil des Eurosystems.



Die Europäische Zentralbank (EZB) –
Neubau, Frankfurt am Main, April 2013.



Die Europäische Zentralbank (EZB) –
Neubau, Frankfurt am Main, August 2013.



Die Europäische Zentralbank (EZB) – Neubau, Frankfurt am Main, April 2013.

3.3.6 Der Euro als Bargeld

Das Europamotto „In Vielfalt geeint“ findet sich in der Gestaltung der Euro-Münzen wieder. Eine Seite der Münzen ist in allen Ländern des Euroraums dieselbe. Wie auch bei den Banknoten wurde das Design im Rahmen eines Wettbewerbs – ausgeschrieben von der Europäischen Kommission – ermittelt. Die des belgischen Münzdesigners Luc Luycx gingen als Siegerentwürfe aus diesem Bewerb hervor.

Die zweite, die nationale Seite durfte jedes Land selbst gestalten. Die österreichische Seite der Euro-Münzen gestaltete Prof. Josef Kaiser. Er musste sich jedoch, wie alle anderen nationalen Mitbewerber, an einige Rahmenvorgaben, wie etwa die Einbindung der 12 europäischen Sterne in das Münzbild, halten.

Das Europäische Währungsinstitut – der Vorläufer der EZB – veranstaltete 1996 einen Wettbewerb zur Gestaltung der Euro-Banknoten. Diesen europaweiten Wettbewerb konnte der österreichische Banknotendesigner Robert Kalina für sich entscheiden. Seine Entwürfe zeigen Baustile aus verschiedenen Epochen der europäischen Geschichte. Die Fenster und Tore auf den Vorderseiten symbolisieren den europäischen Geist der Offenheit und Zusammenarbeit, die Brücken auf den Rückseiten die Verständigung zwischen den Völkern Europas sowie zwischen Europa und der übrigen Welt.

Schon diese erste Serie der Euro-Banknoten ist mit einer Vielzahl verschiedener Sicherheitselemente versehen. Um den Fälschungsschutz zu maximieren wurde seit Mai 2013 eine neue, zweite Banknotenserie – die Europaserie – mit verbesserten und neuen Sicherheitsmerkmalen eingeführt. Das Eurosystem muss den Fälschern stets einen Schritt voraus sein.



Auswahl der ersten Euro-Banknotenserie. OeNB.



Vorder- und Rückseite der neuen 5-Euro-Banknote. OeNB.



Münzbeispiele (v.l.n.r. Österreich, Italien, Finnland) zum Europamotto „In Vielfalt geeint“. MD01349, MD01173, MD01062. OeNB.

4 Anhang

4.1 Geldeinheiten und Währungsumstellungen

Auflistung von über längere Zeit im Geldwesen gebräuchlichen Zähl- und Rechengrößen. Die tatsächlichen Verkehrswerte der Münzen hingen in Mittelalter und Neuzeit von ihrem jeweiligen Feingehalt ab und variierten im Lauf der Zeit. Besonders im Mittelalter wechselten die in zahlreichen Münzordnungen festgelegten rechtlichen Rahmenbedingungen für die Prägungen häufig. Kaufkraft und tatsächlicher Kurswert der Münzen konnten daher stark schwanken und vom Rechensystem abweichen, sodass hier nur die grundlegendsten Entwicklungen wiedergegeben werden können. In Klammer sind überdies jeweils die gebräuchlichsten Abkürzungen und Symbole für Münzen und Währungen angeführt.

Mittelalter bis ca. 1510

Rechenpfund, nur Pfennige tatsächlich ausgeprägt:

1 Pfund (Pf, lb, l.) = 8 Schilling (ß) à 30 Pfennige = 240 Pfennige (d)

Neuzeit ab ca. 1510

Rechensystem im Heiligen Römischen Reich und für internationale Zahlungen.

Reichs-Dukat	Speciestaler	Reichstaler	Reichsgulden	Kreuzer
1	2	2 2/3	4	240
	1	1 1/3	2	120
		1	1 1/2	90
			1	60
				30

1 Groschen = 3 Kreuzer

1 Kreuzer = 4 Pfennig

Für den böhmisch-schlesischen Raum lässt sich im 16./17. Jh. in etwa das folgende Rechnungssystem aufstellen:

1 Reichstaler = 30 Weißgroschen = 60 Maleygroschen = 70 Kreuzer

1 Weißgroschen = 2 Kreuzer = 6 (Weiß)Pfennig = 12 Heller

1 Kreuzer = 3 (Weiß)Pfennige (Putschändel) = 6 Heller (Kattersinken)

Konventionswährung 1750 bzw. Österreichisch-bayrische Münzkonvention 21.9.1753

1 Konventionstaler = 2 Gulden (fl.C.M.) = 120 Kreuzer

1 Dukat (#) = 4 fl.C.M. 30 Kreuzer amtlicher Kurs 1786-1858

1/2 Kreuzer = 1 Heller

1/4 Kreuzer = 1 Pfennig

Böhmen: 1 Gröschl = 3/4 Kreuzer

Vorlande: 10 Kreuzer C.M. = 12 Kreuzer erbländisch

Wiener Stadt-Banco-Zettel (B.Z.) 1762-1811

1796 1 fl.C.M. = 1 fl.B.Z.

1800 1 fl.C.M. = 1,15 fl.B.Z.

1805 1 fl.C.M. = 1,35 fl.B.Z.

1810 1 fl.C.M. = 4,92 fl.B.Z.

1811 1 fl.C.M. = bis zu 10,94 fl.B.Z.

Wiener Währung (W.W.) Bankrottpatent 20.2.1811

Gültig: 15.3.1811, allein gültig ab 1.2.1812 bis 1.6.1816 / umlauffähig bis 31.10.1858

1 Gulden W.W. = 5 fl.B.Z.

30 Kreuzer B.Z.-Teilungsmünzen = 6 Kreuzer W.W.

15 Kreuzer B.Z.-Teilungsmünzen = 3 Kreuzer W.W.

1811 1 fl.C.M. = 2,19 fl.W.W.

1813 1 fl.C.M. = 1,59 fl.W.W.

1815 1 fl.C.M. = 3,51 fl.W.W.

1816 1 fl.C.M. = 3,27 fl.W.W.

1819 1 fl.C.M. = 2,49 fl.W.W.

Rückkehr zur Konventionswährung 1. Juni 1816

Gültig bis 31.10.1858

1 fl.C.M. = 2,5 fl.W.W. = 12,5 fl.B.Z. (fester Kurs ab 1820)

3 Kreuzer W.W. = 3/5 Kreuzer C.M.

Österreichische Währung (ö.W.), Patent 19.9.1857

Gültig: 19.11.1857, ab 1.11.1858 allein gültig, bis 31.12.1899

Umtausch: 100 fl.C.M. = 105 fl.ö.W.

1 Gulden ö.W. (fl. ö.W.) = 100 Kreuzer (kr ö.W.)

1 Vereinstaler = 1,5 fl.ö.W.

1 Dukat = 4 fl. 80 Kreuzer ö.W.

Präliminarvertrag mit Frankreich zur lateinischen Münzunion 31. Juli 1867

seit 1870 Ausprägung von Goldmünzen zu:

8 und 4 Gulden = 20 und 10 Franken (Wert bei den Staatskassen 8,10 fl. ö.W. und 4,05 fl. ö.W.)

Kronenwährung Gesetz 2.8.1892 (Goldwährung)

Gültig 11.8.1892 bis 31.12.1924

Umtausch: 1 Gulden ö.W. = 2 Kronen

1 Krone (K, Cor.) = 100 Heller (h)

Friedenskrone, ab 1918: 1 Goldkrone = 14.000 Papierkronen

Die Umstellung zog sich bis 1900 hin, auch danach blieben die alten 1 Guldenstücke als 2 Kronenstücke in Verwendung.

Schillingwährung 1. Republik

Schillingrechnungsgesetz 20.12.1924, gültig 1.1.1925 - 25.4.1938

Umtausch: 1 Schilling = 10.000 Papierkronen

1 Schilling (S) = 100 Groschen (g)

Reichsmark

17.3.1938 Verordnung über die Einführung der Reichsmarkwährung im Lande Österreich, gültig: 23./26.4.1938 – 20.12.1945

Umtausch: 1,5 Schilling = 1 Reichsmark

1 Reichsmark (RM) = 100 Pfennig (Rpf, Pf.)

Schillingwährung 2. Republik

Schillinggesetz 30.11.1945, gültig: 21.12.1945 – 28.2.2002

Umtausch (1945): 1 Reichsmark = 1 Schilling

1 Schilling (S, ÖS, ATS) = 100 Groschen (g)

Euro

Gültig: seit 1.1.1999, Bargeldeinführung am 1.1.2002, ab 1.3.2002 allein gültig

Fester Wechselkurs: 1 Euro = 13,7603 Schilling

1 Euro (€, EUR) = 100 Euro Cent (ct, c)

Die Europäische Zentralbank hat keine offizielle Abkürzung für den Cent festgelegt.

4.2 Bibliographie

1. Michael Alram, Der Beginn der Münzwirtschaft in Österreich und die Geschichte des Kremser Pfennigs, in: Jahrbuch für Landeskunde von Niederösterreich, 60/61(1994/95), 9–41.
2. Karl Bachinger/Herbert Matis, Der österreichische Schilling. Geschichte einer Währung, Graz/Wien/Köln 1974.
3. Karl Bachinger / Dieter Stiefel / Herbert Matis/ Felix Butschek , Abschied vom Schilling. Eine österreichische Wirtschaftsgeschichte. Garz / Wien / Köln 2001.
4. Odo Burböck, Münz- und Geldgeschichte der Steiermark, in: Menschen & Münzen & Märkte. Steirische Landesausstellung 1989 Judenburg, hg. von Gerald Schöpfer, Fohnsdorf (1989), 225–238.
5. Felix Butschek , Österreichische Wirtschaftsgeschichte: Von der Antike bis zur Gegenwart. Wien/Köln/Weimar 2. Aufl. 2012.
6. Europäische Zentralbank / Oesterreichische Nationalbank (Hg.), Der Euro im Entwurf. Frankfurt a.M. / Wien 2004.
7. Vladimír Filip, Papírové peníze 1759 - 1918 Od Marie Terezie po Karla I. / Papiergeld 1759-1918: von Maria Theresia bis Karl I. Brno 2005.
8. Wolfgang Hahn/Andrea Luegmayer, Der langobardenzeitliche Münzschatzfund von Aldrans in Tirol, Veröffentlichungen des Instituts für Numismatik der Universität Wien 1, Wien 1992.
9. Geld. 800 Jahre Münzstätte Wien, hg. von Wolfgang Häusler, Wien 1994
10. Gene Hessler, The International Engraver's Line. Paper Money and Postage Stamp engravers and their work from the 1700's to the Euro. Cincinnati 2005.
11. Höllhuber, Ulrich; Mayrhofer, Christoph (1998): Die Fünfhöner Kaiser Leopolds I. und des Erzstifts Salzburg. Salzburg: Salzburger Numismatische Gesellschaft (Sonderpublikation / Salzburger Numismatische Gesellschaft, 3).
12. Helmuth Jungwirth, Die österreichische Geldgeschichte von 1918 bis heute, in: Günther Probszt, Österreichische Münz- und Geldgeschichte, Teil 2, Wien 1994, 603–613.
13. Reinhard Kamitz, Die österreichische Geld- und Währungspolitik von 1848 bis 1948, in: Hans Mayer (Hg.), Hundert Jahre österreichische Wirtschaftsentwicklung 1848–1948, Wien 1949, 127–221.
14. Nicole Kämpken u.a., „alle Nothen bringen mich nicht aus den Nöthen!“ Beethoven und das Geld. Begleitbuch zu einer Ausstellung des Beethoven-Hauses. Bonn 2005.
15. Hans Kernbauer, Österreichische Währungs-, Bank- und Budgetpolitik in der Zwischenkriegszeit, in: Emmerich Tálos/Herbert Dachs/Ernst Hanisch/Anton Staudinger (Hg.), Handbuch des politischen Systems Österreichs. Erste Republik 1918–1933, Wien 1995, 552-569.
16. Bernhard Koch, Der Wiener Pfennig. Sonderausgabe des 97. Bandes der Numismatischen Zeitschrift. Wien 1983.

17. Bernhard Koch, u.a., Die Wiener Münze. Eine Geschichte der Münzstätte Wien. Sonderausgabe des 100. Bandes der Numismatischen Zeitschrift. Wien 1989.
18. Johann Kodnar / Norbert Küstner, Katalog der österreichischen Banknoten ab 1759. Wien 2. Auflage 2010.
19. Willibald Kranster, Die Geldmacher. Vom Gulden zum Schilling, 3. Auflage, Wien 1988.
20. Sieglinde Lechner, Notgeld. Geldersatz in Innsbruck und anderen Tiroler Gemeinden 1918-1921. (= Veröffentlichungen des innsbrucker Stadtarchivs NF 47), Innsbruck 2012.
21. Arnold Luschin v. Ebengreuth, Steirische Münzfunde. Fundtabellen und Ergebnisse (Sonderabdruck Jahrbuch für Altertumskunde 1906–1908), Graz 1971.
22. Eduard März, Österreichische Industrie- und Bankpolitik in der Zeit Franz Josephs I., Wien/Frankfurt/Zürich 1968.
23. Eduard März / Karl Sochor, Währung und Banken in Cisleithanien, in: Alois Brusatti (Hg.), Die Habsburgermonarchie 1848–1918. Die wirtschaftliche Entwicklung, Wien 1973, 323–368.
24. Heinz Moser / Heinz Tursky, Die Münzstätte Hall in Tirol 1477–1665, Innsbruck 1977.
25. Heinz Moser / Heinz Tursky, Die Münzstätte Hall in Tirol 1665-1809, Innsbruck 1981.
26. Vom Taler zum Dollar 1486 bis 1986. Ausstellungskatalog der Staatlichen Münzensammlung München. München 1986.
27. Michael North, Das Geld und seine Geschichte. Vom Mittelalter bis zur Gegenwart. München 1994.
28. Oesterreichische Nationalbank 1816–1966. Münz- und Papiergeld in Österreich, Ausstellung aus Anlaß der Gründung der „Privilegirten Österreichischen Nationalbank“, 1816, Wien 1966.
29. Die Zukunft des Geldes: Auf dem Weg zum Euro. Grundlagen – Strukturen – Termine. Ein Bericht der Oesterreichischen Nationalbank zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion, Wien 1997.
30. Alfred Pribram (Hg.), Materialien zur Geschichte der Preise und Löhne in Österreich 1 (= Veröffentlichungen des Internationalen wiss. Komitees f. die Geschichte d. Preise u. Löhne 1), Wien 1938.
31. Albert Pick / Rudolf Richter, Österreich. Banknoten und Staatspapiergeld ab 1759, Berlin (1972).
32. Siegfried Pressburger, Oesterreichische Notenbank 1816 bis 1966. Geschichte des österreichischen Noteninstitutes, Wien 1966.
33. Günther Probszt, Österreichische Münz- und Geldgeschichte. Von den Anfängen bis 1918, Teil 1 und 2, Wien/Köln/Weimar 1994.
34. Rudolf Richter, Notgeld Österreich. Lagergeld, Regenstau 1997.
35. Rudolf Richter, Papiergeld Spezialkatalog. Österreich 1759-2010. Salzburg 2010.
36. Helmut Rizzolli, Münzgeschichte des alptirolischen Raumes im Mittelalter und Corpus Nummorum Tirolensium Mediaevalium, Bd. 1. Bozen 1991.
37. Helmut Rizzolli, Das Geld, in: Eines Fürsten Traum. Meinhard II. - Das Werden Tirols. Innsbruck 1995. S.283-296.

38. Helmut Rizzolli, Münzgeschichte des alptirolischen Raumes im Mittelalter und Corpus Nummorum Tirolensium Mediaevalium, Bd. 2: Die Meraner Münzstätte unter den Habsburgern bis 1477 und die Görzische Prägestätte Lienz-Toblach [...]. Bozen 2006.
39. Roman Sandgruber, Ökonomie und Politik. Österreichische Wirtschaftsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, Wien 1995.
40. Gerald Schöpfer, Zum österreichischen Notgeld der Kriegs- und Nachkriegsjahre des Ersten Weltkrieges, in: Festschrift Othmar Pickl zum 60. Geburtstag, hg. Herwig Ebner/Walter Höflechner u. a., Graz – Wien 1987, 559–569.
41. Erneuerung durch Integration. 175 Jahre Oesterreichische Nationalbank, verfasst von Michael Wagner, Wien 1991.
42. Adolf Wala (Hg.), Der Schilling. Ein Spiegel der Zeiten, Wien 1994.
43. Helmut Zöttl, Salzburg - Münzen und Medaillen 1500 – 1810. 2 Bde. Salzburg 2008/2009.